

Inserate werden laut Tarif  
billig berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Dreianschlag.

# Demokrat

tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post

monatlich . . . Kz 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
jährlich . . . 192.—

Stücklieferung  
von Manuskripten erfolgt  
nur bei Einfindung der  
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Donnerstag, 21. Dezember 1922.

Nr. 299.

## Wo die „erwachenden Christen“ herrschen . . .

In früheren Jahrzehnten suchten die herrschenden Klassen in Ungarn unter der schleifigen Flagge des Liberalismus freihändlerische Gewinnung und westliche Kultur vorzutauschen. Auch damals schon war man sich aber darüber klar, was dieser kokett zur Schau getragene Liberalismus der ungarischen Bourgeoisie und der Adelskaste in Wirklichkeit zu bedeuten habe: daß es nur Anstich, Firnis ist, dessen dünne Schicht abgekratzt, die Brutalität, Selbstsucht und Volkseindlichkeit dieser raffgierigen bedrückungsklüsternden Herrenklasse zum Vorschein kommen ließ. Immerhin suchten sie ihre Sucht nach Alleinherrschaft im Staate und der Bedrückung aller wirklichen Freiheitsbestrebungen das Feigenblatt der liberalen Gewinnung vorzuhalten. Seit die magyarische Bourgeoisie aber durch die kurze Herrschaft des Bolschewismus erschreckt wurde und sich eine Zeitlang bedroht fühlte, hat sie die Maske der Kultur und Gerechtigkeit fallen lassen und schreit nicht davor zurück, ihrer ursprünglichen Rohheit und Wildheit die Zügel frei schießen zu lassen. Den Stieg über den Bolschewismus erzwang sie unter der Flagge des „Christentums“, als dessen „erwachende“ Jünger sich die Herrschenden in Ungarn nun aufspielen und in dessen Zeichen sie all die Grausamkeiten und Morde an den Arbeitern nach der Niederdrückung des Bolschewismus in Ungarn verübten.

Die Raub- und Mordgesellschaft der Horthy'schen „erwachenden Christen“ ist sich bewußt, daß das ungarische Volk zu ihr längst im schärfsten Gegensatz steht und daß bei freier Entfaltung der demokratischen Kräfte im Lande ihre Herrschaft keinen Tag länger dauern könnte. Darum sucht sie den weißen Schrecken, dem sie ihre Existenz verdankt, in Permanenz zu erklären. Wollte man die dort geltenden Formen der Ausübung der Gewalt als die eines Polizeistaates bezeichnen, so würden die Schandmethoden, nach denen die „erwachenden Christen“ regieren, nur schwächlich charakterisiert erscheinen; nein, was in Ungarn zurzeit regiert, ist unterfälschtes Banditentum, das alle Begriffe von Recht, Menschlichkeit und Gesetzmäßigkeit niedertritt.

Um dauernd mit Ausnahmegeetzen gegen alle demokratischen Strömungen im Lande herrschen zu können, hat die Regierung der „erwachenden Christen“ in der ungarischen Nationalversammlung den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, der den „gesteigerten Schutz der öffentlichen Ordnung“ erstrebt und der in der Rechtsgeschichte der europäischen Staaten der Neuzeit vergeblich seinesgleichen suchen würde. Die Bestimmungen dieses Regierungsentwurfes könnten ihr Analogon höchstens in irgend einem Gesetzeswerke des Rußlands des vorigen Jahrhunderts finden. Bemerkenswert ist, daß in Ungarn gegenwärtig noch immer die Ausnahmeverfügungen, nach denen im Kriege das Land regiert wurde, in Geltung sind, deren Geltungsdauer in Kürze abläuft, weshalb die Horthyregierung als Ersatz dafür eben jenen neuen Gesetzesentwurf zur dauernden Vernichtung der staatsbürgerlichen Freiheiten ausgearbeitet hat, der im ungarischen Parlamente der Erledigung harret.

Die darin enthaltene Bestimmung, wonach jeder ungarische Staatsbürger, in welcher Gemeinde oder welchem Landesteile immer er sich aufhalten möge, verpflichtet ist, sich polizeilich anzumelden, ist noch eine der mildesten. Jeder Reisende wird sich danach selbst in dem kleinsten Neste sowohl bei seiner Ankunft wie bei seiner Abreise bei der Gendarmarie zu melden haben. Das Tollste aber, was die Gehirne der verbrecherischen Horthybanditen erfinden konnten, enthält der Paragraph drei des Entwurfes, durch den die Polizeibehörde ermächtigt wird, nach Belieben alle Personen aus dem Lande auszuweisen, deren Tätigkeit oder Verhalten verdächtig (!) scheint, so daß dadurch die innere Ordnung gefährdet werden könnte, oder welche die öffentliche Sicherheit und die auswärtige Politik des Staates gefährden. Um ausgewiesen zu werden, genügt

## Eine stürmische Nacht im Abgeordnetenhaus.

Die vorgestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses dauerte wiederum bis sieben Uhr früh. War schon die letzte Nachtsitzung stürmisch gewesen, so brachte diese Vorgänge, die im tschechoslowakischen Parlamente, das schon viele Krawallszenen gesehen hat, schon laugen nicht dagewesen sind.

Die Verhandlungen verliefen bis in die dritte Morgenstunde hinein verhältnismäßig ruhig. Als nun die Regierungsvorlage über das Baubewegungsgesetz zur Abstimmung gelangte, ereignete sich etwas Empörendes.

Der Paragraph 14 dieses Gesetzes lautet: Das Ministerium für soziale Fürsorge ernennet im Einvernehmen mit dem Justizministerium den Vorsitzenden des Preis-Gerichtes und läßt die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ein, die Beisitzer so namhaft zu machen, daß im Gericht drei Arbeitgeber und drei Arbeitnehmer sitzen. Hierzu hatte Abg. Genosse Heeger folgenden Änderungsantrag eingebracht: Im Paragraph 14 ist das Wort „Beizugs“ zu streichen; hinter dem Worte Arbeitgeber ist beizufügen: „deren Mitglieder von der Entscheidung betroffen wurden“.

Der Antrag des Abg. Genossen Hausmann lautet: „Es ist der folgende neue Absatz 2 zum Paragraph 62 zuzufügen: Die in Vereinbarungen über Lieferung von Baumaterialien enthaltenen Festsetzungen von Preisen, welche sich auf Vereinbarungen der im ersten Absatz angeführten Art stützen, oder die vom Preisgerichte festgesetzten Preise übersteigen, sind ungültig.“

Bei der Abstimmung wurde dem Versprechen der Berichterstatter gemäß, der Antrag Heeger und Genossen zu Paragraph 14 angenommen. Während der weiteren Abstimmung hatte der Sektionschef Kubista des Ministeriums für soziale Fürsorge wiederholt mit den beiden Berichterstattern und den Ministern Dr. Kasin und Dr. Dolansky verhandelt. Er kam auch zum Klub unserer Abgeordneten und teilte mit, daß er den Antrag Hausmann angeblich nicht genau gelesen habe und daß die Annahme dieses Antrages Schwierigkeiten bereiten würde. Unsere Genossen Abgeordneten mußten selbstverständlich annehmen, daß es bei dem Versprechen der beiden Berichterstatter und bei der Zusage des Regierungsvertreters Sektionschef Kubista bleiben wird, daß also die Mehrheit den Antrag Hausmann annimmt. Im anderen Falle hätten doch die Berichterstatter öffentlich erklären müssen, daß sie ihre Meinung geändert haben und aus welchen Gründen sie nunmehr statt der Annahme die Ablehnung des Antrages Hausmann vorschlagen. Oder es hätte müssen die Sitzung unterbrochen werden, damit im Wege von Verhandlungen zwischen den Mehrheitsparteien und dem Klub der tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten eine Klarstellung erfolge. Die dritte Eventualität wäre gewesen, daß die Berichterstatter, die etwa zur Ueberzeugung gekommen sind, daß sie einen nach ihrer Meinung unannehmbaren Antrag zur Annahme empfohlen

es schon, daß jemand der Polizei „bedenklich“ erscheint. Die Polizeibehörde soll weiters die Ermächtigung erhalten, solche „bedenkliche“ Staatsbürger unter polizeiliche Aufsicht zu stellen, oder sie im administrativen Wege ins Arbeitshaus zu schicken, wo sie durch Gebete und eine fromme christliche Erziehung zu einem für die herrschende Strauchrittergesellschaft brauchbaren und folgamen Staatsbürger herangebildet werden sollen. Ueber die Ausweisung oder die Unterbringung eines „bedenklichen“ Staatsbürgers im Arbeitshaus werden die Unternotäre und die Polizeikommandanten, ohne daß gegen solche Verfügungen ein Rekurs zulässig wäre, zu entscheiden haben. Damit ist aber der Inhalt der Vorlage noch lange nicht erschöpft. Jedem, der unter polizeilicher Kontrolle steht, wird das Recht der Benutzung des Telefons entzogen, er darf sich auch in keiner Weise am politischen Leben beteiligen, darf keine Versammlungen besuchen, den Empfang von Briefen und Telegrammen kann ihm kurzerhand verboten werden. Die Internierung im Arbeiterhaus soll sechs Monate dauern, doch wenn die Leitung des Arbeiterhauses der Anschauung ist, daß die dem Internierten dort zuteil gewordene „religiös-sittliche Erziehung“ noch nicht genügend gewirkt habe, kann die Internierung um weitere sechs Monate verlängert werden. Der Minister

haben, aus der Aenderung ihrer Auffassung die Konsequenzen ziehen und ihre Stelle als Berichterstatter zurücklegen. Das ist der in allen Parlamenten der Welt übliche Vorgang.

Statt dessen wurde eine Brückierung unseres Klubs versucht. Die Berichterstatter unterließen es nämlich, bei der Abstimmung über den Antrag des Abg. Genossen Hausmann das für die Mehrheit übliche Zeichen der Annahme zu geben. Dies hatte die unten geschilderten turbulenten Szenen und darauf die Unterbrechung zur Folge.

Während der Unterbrechung verhandelten die Genossen Dr. Czech, Cermak, Taub und Dr. Haas mit der Regierung und den Führern der Koalitionsparteien. Unsere Genossen hielten sofort eine Klubstimmung ab, in der sie auf Grund der gepflogenen Besprechungen Beschlüsse faßten.

Das Ergebnis dieser war, daß die Koalitionsparteien die Zustimmung gaben, den Antrag des Genossen Hausmann anzunehmen. Bei der Abstimmung zeigte es sich, daß die Koalition eine schwere Erschütterung erlitten hatte. Die tschechischen Nationaldemokraten und die tschechischen Liberalen stimmten gegen den Antrag Hausmann, der mit den Stimmen der deutschen Sozialdemokraten, der Kommunisten, der tschechischen Sozialdemokraten, der tschechischen Sozialisten und der tschechischen Agrarier angenommen wurde.

Um sieben Uhr früh wurde die Sitzung vom Präsidenten mit den üblichen Neujahrswünschen geschlossen. Die nächste Sitzung wird am 23. Jänner stattfinden.

Nach der Erledigung des Repatriierungskredites wird zur Verhandlung des Berichtes des Gesundheitsausschusses geschritten, über den Regierungsantrag, durch welchen die Bestimmungen des Gesetzes vom 15. April 1922, mit welchem der Staat die Funktionen der Gesundheitspolizei übernimmt, ergänzt werden. Es spricht hierzu unter anderem

### Abgeordneter Genosse Heeger.

Alle Erscheinungen der Nachkriegszeit sind nicht ohne Einfluß auf die Volksgesundheit geblieben. Diesen Tatsachen müßte auch die Regierung ihre Aufmerksamkeit schenken. Auf dem Gebiete der Volksgesundheit ist aber mit Ausnahme schöner Reden jede tatsächliche Wirksamkeit gescheitert, gerade auf diesem Gebiete befreit man sich einer sehr auffälligen Sparsamkeit. Die Ärzte kommen in Widerspruch mit dem, was das Gesetz von ihnen verlangt, denn sie sind auf die Kranken als Erwerbquelle angewiesen. Die Vorlage legt den öffentlichen Ärzten einen sehr großen Wirkungskreis, für den sie einen Gehalt von 10.000 bis 24.000 Kronen bekommen sollten. Heute nun sollen wir einen Abbau dieses noch nie ausgetrohten Gehaltes auf 3600 Kronen beschließen, trotzdem der frühere Minister Dr. Brbenich erklärt hat, daß der öffentliche Gesundheitsdienst

des Innern soll die Ermächtigung erhalten, alle Zeitungen auf beliebig lange Zeit einzustellen, wenn dies das Interesse des Staates erfordere. Nach einem Kommentar der Regierung zu der Vorlage kann nicht nur jeder der oppositionellen Gesinnung Verdächtige ins Arbeitshaus gesteckt werden, sondern auch jeder, der „gegen die Traditionen des Staates und der Nation“ verstößt, oder wer das „religiöse Empfinden“ verletzt.

Daß dieses Werk der „erwachenden christlichen“ Bluthunde alle Bürger des Staates der behördlichen Willkür als schutzlose Beute hinzuzuerwerfen geeignet ist, erscheint ebenso sicher, als die Gewißheit, daß es jedes politische Leben unmöglich machen müßte. Damit glaubt die Horthygesellschaft ihre Herrschaft im Staate dauernd zu begründen. Aber gerade die wahnwitzigen Ausgeburten des Betharengistes, welche die Vorlage aufweist, sind ein Zeugnis dafür, wie wenig sicher sich die herrschenden Klassen fühlen, so daß die Vorlage eher als ein Zeichen ihrer Schwäche, denn ihrer Stärke angesehen werden kann. Ob das Schandwerk angenommen werden, oder gewisse Änderungen erfahren wird, ist noch ungewiß. Wie immer aber die ungarische Nationalversammlung entscheidet, der Tag muß auch in Ungarn kommen, der der heutigen Herrschaft der entarteten und verrotteten Mächtklassen ein Ende setzen wird!

deshalb so schlecht ist, weil die Bezahlung so schlecht ist, wird „abgelehnt“. Dem Gesetz fehlt aber auch sonst jede demokratische Grundlage. Deshalb werden wir den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung stellen. (Beifall.)

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird abgelehnt und das Gesetz in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Abg. Gurik erstattet sodann den Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über das

### Krankenversicherungsgezet.

Den Standpunkt der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu dieser Vorlage beleuchtet

### Abgeordneter Genosse Beutel.

Er polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Schubert betreff der landwirtschaftlichen Krankenkassen und sagt, wir erblicken in den landwirtschaftlichen Kassen lediglich ein Werkzeug, die Arbeiter ihres Selbstbestimmungsrechtes zu berauben. Die Behandlung der Regierungsvorlage beweise, daß wiederum irgendein Klubhandel im Zuge sei, denn eine Befristung des Gesetzes auf 6 Monate müßte ihre Gründe haben. Diese Befristung bedeutet aber auch für alle Versicherten einen Zustand der Unsicherheit, die dadurch erhöht wird, daß die Wahlen in die Krankenkassen so gut wie ausgeschlossen sind. Unser Streben geht dahin, alle erwerbsfähigen Menschen in die Krankenversicherung einzubeziehen und wir erblicken in der Einheitskasse die Hauptbedingung für die Ausgestaltung der Alters- und Invalidenversicherung. Wir müssen aber auch verlangen, daß im Falle der Arbeitslosigkeit der Versicherte geschützt wird. Rechner unterbreitet dem Hause eine Reihe von Änderungsanträgen, um deren Annahme er eruchtet. Sollte die Regierungsvorlage angenommen werden, so sei dies nur ein neuer Akt der Arbeiterfeindschaft. (Beifall.)

Während der Rede des Abg. Genossen Beutel kommt es wiederholt zu heftigen Zusammenstößen zwischen den deutschen Sozialdemokraten und den deutschen Agrariern und auch den deutschen Nationalsozialisten, die in Zwischenrufen für die Errichtung landwirtschaftlicher Krankenkassen eintreten.

Abg. Jung: In Schlesien haben zweitausend Forstarbeiter die landwirtschaftliche Krankenkasse verlangt.

Abg. Genosse Joll: Nicht aus freiem Willen!  
Abg. Genosse Heeger: Unter dem Druck der Großgrundbesitzer!

Abg. Genosse Cermak: Die Gelben treten für großagratische Interessen ein!

Die Auseinandersetzungen zwischen unseren Genossen und den Landblündern dauern eine geraume Weile an.

Nachdem noch Abg. Juriga (slow. Volkspartei) gesprochen hatte, wird zur Abstimmung geschritten. Der Regierungsantrag wird angenommen, ebenso eine Resolution Aster, Stancik, Slabicek, Dr. Rosel und Lukavsky, im Absatz 1 des Gesetzes die Worte „bis 31. Dezember 1923“ zu streichen und die Worte „bis 30. Juni 1923“ einzufügen. Alle Änderungsanträge der deutschen Sozialdemokraten werden abgelehnt. Eine Resolution der Mehrheitsparteien, durch die die Regierung ausgedrückt wird, mit größter Raschheit die Sozialversicherungsvorlage dem Hause vorzulegen, wird angenommen.

Für diese Resolution stimmen auch die Mitglieder der Regierung, was im Hause lebhafteste Heiterkeit auslöst. Von den Bänken der deutschen Sozialdemokraten ertönen die Rufe: „Das ist ausgezeichnet! Die Regierung forbert sich selbst auf, für die Sozialversicherung etwas zu tun!“ Hierauf schreiet das Haus zur

### Behandlung des Baugesetzes.

Hierzu spricht

### Abgeordneter Genosse Hausmann.

Das Bauförderungsgesetz ist ein Notgesetz. Da nun aber nach Ansicht der Regierung und der Mehrheitsparteien der tschechoslowakische Staat ein konstituiertes ist, braucht man kein Notgesetz mehr. Diese Notgesetze müssen deshalb außerhalb der Kraft gesetzt oder zumindest abgebaut werden. Es ist da die Frage aufzuwerfen: Bestehen heute noch die Gründe, die die Schaffung des Bauförderungsgesetzes bedingten? Die Regierung sagt „Nein“. Die Wohnungsnot soll keine allgemeine Erscheinung mehr sein. In welchen Orten noch notorischer Wohnungsnot herrscht, wird die Regierung bestimmen. Es soll auch nicht mehr notwendig sein, durch das Bauförderungsgesetz in dem Maße, wie bisher, der produktiven Erwerbslosenunterstützung Rechnung zu tragen. Es gehört zweifellos Mut dazu, derartige Behauptungen aufzustellen. Es mag vielleicht zutreffen, daß die Zahl jener, die überhaupt kein Obdach haben, geringer geworden ist, kann aber von einer Beseitigung der Wohnungsnot gesprochen



werden, wenn allen heute noch Obdachlosen eine Behausung zugewiesen werden könnte? Ist der Regierung und den Mehrheitsparteien die Tatsache unbekannt, daß Tausende Bürger dieses Staates heute noch samt ihren Familien in Behausungen leben müssen, auf die das Wort Wohnung überhaupt und niemals angewendet werden kann. Ist der Regierung und ist es den Mehrheitsparteien unbekannt, daß deshalb Tausende von Menschen am Leben und an der Gesundheit werden Schaden leiden? (Beifall.)

**Turbulente Szenen.**

Als bei der Abstimmung über den Paragraphen 62 des Gesetzes die Berichterstatter Abg. Dubiech und Vinovec der Mehrheit nicht das Zeichen zur Annahme des Änderungsantrages des Abg. Genossen Hausmann geben, ruft dies stürmischen Protest auf den Bänken der deutschen Sozialdemokraten hervor. Sie machen ihre Empörung durch Zwischenrufe und durch Schlägen auf die Pulle Luft.

**Die leidenschaftlichsten Protestrufe erklingen.**

Abg. Gen. Dr. Czech und Abg. Gen. Cermak wenden sich mit heftigen Vorwürfen gegen die Ministerbank und die Berichterstatter.

Abg. Gen. Seutel: Das ist Raschinterror! Abg. Gen. Jol: Das ist Koalitionsübermut! Einige unserer Abgeordneten wenden sich zu den Bänken der Mehrheitsparteien, denen sie heftige Vorwürfe machen.

Abg. Gen. Hadenberg: Zum Treubruch kommandiert!

Abg. Gen. Dietl: Ein infamer Treubruch ist das!

Abg. Gen. Politscher: Noch nie ist so etwas in einem Parlament geschehen!

Grelle Pfiffe durchzogen den Saal.

Abg. Gen. Dr. Czech: Empörend ist das!

Abg. Gen. Cermak: Eine Schändung des Parlaments!

Abg. Gen. Hausmann: Das ist ein feiner Sieg! Ihr werdet Euch zu Tode siegen!

Abg. Gen. Uhl: Unerhörter Vorbruch.

Abg. Gen. Dr. Politscher haut mit der Aktentasche auf den Tisch, während die Zwischenrufe immer stärker und zahlreicher werden.

Abg. Gen. Hirsch: Wortbrüchige!

Im hin- und herwogenden Tumult wird nun Abg. Seutel vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, was neuerlichen lärmenden Protest auf den Bänken der deutschen Sozialdemokraten hervorrufen. Abg. Gen. Jol schlägt erregt auf den Tisch.

Die auf den Tischen liegenden Drucke fliegen gegen die Ministerbank.

Inzwischen erklingen auch Protestrufe von den Bänken der Kommunisten. Abg. Kreibich rennt zur Ministerbank und schlägt mit seinen Drucken auf den Tisch eines Ministers. Abg. Blazek zieht die Schenke aus seinem Pult und lüftet mit dieser. Der Präsident Tomaszek läutet ununterbrochen mit der Glocke, kann aber den Lärm nicht überhören. Im lärmenden Getöse ertönt dann Abg. Gen. Taub zum Präsidenten, spricht mit diesem einige Minuten, worauf die Sitzung unterbrochen wird.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt Präsident Tomaszek, daß es bei der Abstimmung über den Antrag des Abg. Hausmann zu einem Mißverständnis gekommen sei, welches durch eine unrichtige Uebersetzung verschuldet wurde. Der Berichterstatter hat eine genaue Uebersetzung anfertigen lassen und wird über den Antrag von neuem abstimmen lassen. Er gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß bei diesem Mißverständnis sich haben einige Abgeordnete zu Latein hinstrecken lassen, die unwürdig seien des Parlamentes. Er bedauert sie nochmals und lehnt sie mit der größten Erbitterung ab.

Als der Präsident seine Erklärung beendet hatte, ruft Abg. Pol: „Das ist eine einseitige Erklärung gegen uns!“

Die Abstimmung wird fortgesetzt. Der Antrag des Abg. Gen. Hausmann wird angenommen. Somit werden alle anderen Änderungsanträge abgelehnt.

Nach einigen zweifelhaften Lesungen schließt der Präsident mit den üblichen Weihnachts- und Neujahrswünschen um sieben Uhr früh die Sitzung.

**Der Wiener akademische Senat gegen Ausländer.**

Wien, 20. Dezember. (Eigenbericht.) Der akademische Senat der Wiener Universität hat sich in der gestrigen Sitzung mit dem Memorandum der deutschnationalen Studenten befaßt. Er faßte einen Beschluß, daß die Wünsche der deutschnationalen Studenten den Gegenstand von Beratungen im akademischen Senat nicht bilden können, weil ihr Inhalt den geltenden gesetzlichen Bestimmungen widerspricht. Dagegen anerkennt der Senat, daß durch die heutige Ansetzung der Anstaltscharakter der Wiener Universität berührt wird und bezeichnet es als Aufgabe der akademischen Behörden, geeignete Maßregeln zu ergreifen, um Ausländer, deren Bildungsgrad dem Niveau dieser Universität nicht entspricht, von hier fernzuhalten.

**Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.**

**Polens neuer Präsident.**

**Abermaliger Sieg der Linken.**

Warschau, 20. Dezember. In der Sitzung der Nationalversammlung wurden zwei offizielle Kandidaturen auf den Posten des Präsidenten der Republik bekanntgegeben. Die Rechtsparteien stellten die Kandidatur Kasimir Morawski, Präsidenten der Akademie der Wissenschaften in Krakau auf, die Linksparteien Stanislaus Wojciechowski, ehemaliger Minister des Innern. Bei dem ersten Wahlgang wurde der Kandidat der Linken Wojciechowski zum Präsidenten Polens gewählt. Im ganzen haben 535 Abgeordnete und Senatoren abgestimmt. Die absolute Mehrheit betrug 268 Stimmen. Der Kandidat der Linken, Wojciechowski, erhielt 298 Stimmen, der Kandidat der Rechten Kasimir Morawski 221 Stimmen. Um sieben Uhr abends wird eine Sitzung der Nationalversammlung stattfinden, in welcher der neugewählte Präsident, der die Wahl angenommen hat, den Eid auf die Verfassung ablegen wird.

Stanislaus Wojciechowski ist fast 63 Jahre alt und aus Solisz (Kongreßpolen) gebürtig. Er ist der beste Freund Pilsudskis und war mit Pilsudski vor 30 Jahren in der Schweiz. Als er gemeinsam mit Pilsudski nach Polen zurückkehrte,

gründete er die sozialistische Partei in Kongreßpolen. Im Jahre 1915, beim Revolutionsausbruch gegen den Zarismus, in Wojciechowski, welcher mit den radikalsten Richtungen der polnischen sozialistischen Parteien nicht übereinstimmte, aus dieser Partei ausgetreten. Später begab er sich nach England, wo er in einer Druckerlei als Setzer arbeitete. Während des Weltkrieges reiste er nach Moskau und trat dort in das polnische Nationalkomitee ein, das die Richtlinien des polnischen Nationalkomitees in Paris verfolgte. In Moskau wurde er dann zum Vorsitzenden des polnischen Nationalkomitees gewählt und befahte sich mit dem Schutze der polnischen Flüchtlinge. Schon im November 1918 wurde Wojciechowski im Kabinette Moraczewski Minister des Innern. Im Kabinette Paderewski übernahm er das Ministerium des Innern; in der Zeit der Abwesenheit Paderewski vertrat er ihn einigemale. In den letzten Jahren bekannte sich Wojciechowski zur polnischen Volkspartei Piast. Auf ihrer Liste wurde er in die Nationalversammlung gewählt. Wojciechowski ist als ausgezeichneter Organisator bekannt und hat sich bei der Organisation der Genossenschaften in Kongreßpolen große Verdienste erworben.

**Die Staatsangestelltenvorlage im Senat angenommen.**

Die gestrige Senatsitzung war eine kleinere Kopie der letzten Sitzungen des Abgeordnetenhauses. Alles ging in Eiltempo. Binnen sechs Stunden waren sieben Gesetzesvorlagen beraten, angenommen, erledigt. Unter diesen Gesetzesvorlagen befand sich auch die Staatsangestelltengehaltsvorlage, die der Senat — vielmehr die Koalitionsparteien — nach laun zweistündiger Debatte glatt annahm. Wenig hat es, daß Genosse Polach und die anderen Kontrarechner auf die Verderblichkeit dieser Gesetzesvorlage eindringlich hinwiesen und daß eine Reihe von Änderungsanträgen gestellt wurde. Die Koalitionsparteien hatten nicht Sinn und Ohr für wohl begründete Bedenken, ihnen war es darum zu tun, dem Werke Dr. Raschins nicht hindernd in den Weg zu treten. Die tschechischen Sozialdemokraten spielten die gleiche klägliche Rolle wie im Abgeordnetenhause. Und die größten Gegner der Vorlage in der Koalition, die tschechischen Nationalsozialisten — stellten im Senat bereitwillig den Referenten. Genosse Polach bemerkte bei der Abstimmung zur Eufend zu diesen „sozialistischen“ Parteien: „Reicht Euch noch in Staatsangestelltenversammlungen! Die Angestellten werden Euch euer Vorgehen danken!“

Der Vorsitzendestellvertreter Radikal eröffnete die gestrige Sitzung um 3.35 Uhr nachmittags. Es gelangte zuerst ein Antrag zur Annahme, nach welchem die Staatsangestelltengehaltsvorlage in abgekürztem Verfahren erledigt werden soll. Ohne Debatte werden hierauf nach den Berichten der Referenten in erster und zweiter Lesung nachstehende Gesetzesentwürfe angenommen: der Antrag auf Verlängerung gewisser Fristen des Gesetzes über die Zuwendungen an Kriegsschädigte; der Antrag, nach welchem die Auszahlung der Teuerungszulagen zu den Einkünften der Kriegsschädigten geregelt wird; der Antrag auf weitere Auszahlung der Teuerungszulagen zu den Einkünften nach dem Gesetze über die Pensionsversicherung; der Antrag auf weitere Auszahlung der Teuerungszulagen zu den Invaliden- und Altersversorgungsbezügen im Oultschiner Ländchen; schließlich der Antrag über die künstlerische Ausstattung der vom Staate ausgegebenen oder subventionierten Kunstatgegenstände. Als letzter Punkt stand auf der Tagesordnung die

**Die Staatsangestelltengehaltsvorlage.**

Hierzu sprachen als Referenten die Senatoren Panel (tsch. Nat. Soz.) und Dr. Jodel (Nat. Dem.) Referent Panel begründete die Notwendigkeit des Gehaltsabbaues der Staatsangestellten, da der Staat zuviel Staatsangestellten besitze und durch die Reduzierung dem vorbeugen wolle, daß tausende Staatsangestellte plötzlich entlassen werden müßten, da das Budget die ungeheuren Auslagen nicht mehr vertrage. Die Staatsangestellten selbst widerstehen sich nicht der Reduzierung, da sie deren Notwendigkeit verstehen. Der Referent wandte sich gegen die in Voranmeldungen der Staatsangestellten vorgebrachten Vorwürfe gegen die Regierung. Zum Schluß sucht er nachzuweisen, daß die Gehaltsreduktion eine gerechte und nicht einschneidende sei, denn sie bedeute die Stabilisierung. Er befürwortet die Annahme der Gesetzesvorlage. Referent Dr. Jodel sprach sich gleichfalls für die Annahme der Vorlage aus. In der Debatte sprach als erster Kontrarechner

genoss. nicht solche Schwierigkeiten gehabt wie im Parlament, denn der Senat ist ja „verlässlich“. Als eine Art Sühne müsse man es betrachten, daß im Senat ein Nationalsozialist den Referenten abgehört habe, nachdem diese Partei im Abgeordnetenhause bei diesem Gesetze solche Schwierigkeiten gemacht hatte.

Der Senat müsse jetzt seine Daseinsberechtigung erweisen und müsse diese Gesetz zu Falle bringen, wenn auch darüber die Koalition sich zerfallen sollte. Man würde dann die Koalition auf einer anderen Grundlage schaffen müssen, da doch die jetzige Koalition nichts anderes sei als ein Feigenblatt des bürgerlichen Absolutismus.

Als dann Gen. Polach darauf verweist, daß nicht ein einziger Beamter in der Republik mit der Stabilisierung zufrieden sei, kommt es zwischen ihm und dem Senator Jodel zu einer heftigen Auseinandersetzung, in die sich auch unsere Genossen einmengen. Vorsitzendestellvertreter Dr. Soukup ruft den Genossen Polach für den Ausdruck: „Rakusa!“ und den Senator Jodel für die Worte: „Sie sind ein polnischer Jude“ zur Ordnung.

Genosse Polach verweist dann in Fortsetzung seiner Rede darauf hin, daß es der Regierung überlassen wird, die Teuerungszulagen weiter auszubauen. Es könne heute von einer Stabilisierung nicht gesprochen werden, wenn man sich nur beispielsweise das Schicksal unserer Krone in der letzten Zeit vor Augen führt. Dr. Raschin brauche sich nicht über die Schieber und Spekulant aufregen, denn durch seine Finanzpolitik wurde erst die Arbeit der Schieber möglich gemacht. Redner fährt dann fort:

„Neben dieser Rechtfertigung der Notwendigkeit der Stabilisierung rechtfertigt die Regierung, der Motivenbericht und Herr Dr. Raschin dieses Gesetz mit der

**Notwendigkeit des Sparsens.**

Ist es Sparsamkeit zu nennen, wenn die Lebenshaltung der Beamten verschlechtert wird, wenn die Energie, wenn die Liebe des Beamten zum Beruf, infolge seiner verelendenden sozialen Verhältnisse leiden muß, wenn der Staat seinen eigenen Organen gegenüber ein Stiefvater ist? Wenn der Sparsamkeitsanatismus heute das Prinzip unserer Finanzpolitik ist, so haben wir dem Herrn Finanzminister oft genug die Gebiete genannt, auf denen mit weit größerem Effekt gespart werden kann. Der Herr Minister für Finanzen, Herr Dr. Raschin, hat in einer seiner letzten Reden den Beamten gedroht, wenn sie sich auf den Standpunkt des Verhältnisses von Nachfrage und Angebot stellen, und hat gemeint, daß ein

**Streichrecht der Beamten niemals zugelassen werden kann.**

Meine Herren von der Majorität, Sie werden dadurch die Beamten nicht abhalten, den Weg der gewerkschaftlichen Organisation zu gehen, nachdem das Treueverhältnis, auf das Sie das Verhältniß des

Beamten im Staate aufbauen wollen, nur ein einseitiges Treueverhältnis ist. Es ist die Treue des Beamten gegen den Staat, die beantwortet wird mit der Treulosigkeit des Staates gegen die Beamten. Wenn Sie die Beamten zwingen werden, den Weg der gewerkschaftlichen Organisation bis zur letzten Konsequenz einzuschlagen, wenn Sie sie zwingen werden, das Schwergewicht ihrer Macht auf den Arbeitsmarkt zu tragen, dann werden Sie dasjenige erzielen, was Sie verhindern wollen: den Zusammenbruch und die Vereinfachung aller wirtschaftlichen und sozialen Aktionen zwischen Arbeiterschaft und Beamtenium.“

Genosse Polach befaßt sich dann mit den einzelnen Punkten des Gesetzes und fordert zum Schluß den Senat auf, den Angestellten dadurch das beste Weihnachtsgeschenk zu geben, daß sie gegen dieses Schandgesetz Einspruch erheben und es verwerfen. (Beifall.)

Genosse Polach wird wegen des Ausdrucks „Schandgesetz“ zur Ordnung gerufen.

Hierauf sprechen sich noch in energischer Weise die Senatoren Hartl (d. Nat.), Dr. Mahy-Harting (d. Christl. Soz.), Raegle (d. Nat.), Wallo (slow. Volksp.) und Prusa (Rom.) gegen das Gesetz aus.

Nach dem Schlußworte der Referenten erfolgt hierauf

**Die Abstimmung.**

Sämtliche Änderungsanträge wurden von den Koalitionsparteien niedergestimmt. Die Staatsangestelltengehaltsvorlage wurde sodann nach den Berichten der Ausschüsse angenommen.

In weiterer Erledigung der Tagesordnung wird die Novellierung des Gesetzes über die zwangsweise Liquidatur des Gesetzes über die Staatskreditbesitz eingelaufenen Baumwolle beschlossen.

Sodann wird die Sitzung geschlossen.

In der anschließenden formalen Sitzung wurden Gesetzentwürfe den Ausschüssen zugewiesen.

Nächste Sitzung heute um 5 Uhr nachmittags.

**Das Meerengendiktat.**

Lausanne, 19. Dezember. (Sabas.) Die Friedenskonferenz gelangte zu einem entscheidenden Momente im eigentlichen Sinne des Wortes, denn morgen muß bezüglich des Meerengenregimes die vielleicht wichtigste Entscheidung während der ganzen Verhandlungen fallen. Die Entscheidung der Großmächte ist bereits bekannt. Um noch mehr erschließlich zu machen, daß die Entscheidung unumstößlich ist, haben gestern zwei militärische Sachverständige Lausanne verlassen. Die Sachverständigen erläutern in der vom französischen Admiral Lacaze redigierten Note, nicht weiter gehen zu können, und ihre Mission als beendet anzusehen.

Sie haben die russischen Vorschläge glatt abgelehnt. Dafür aber den in letzter Stunde von der türkischen Delegation vorgelegten Gegenanträgen größere Aufmerksamkeit gewidmet. Wenn die Alliierten sie auch einer wohlwollenden Prüfung unterzogen, gelangen sie doch zu dem Resultate, sie nicht akzeptieren zu können. Das plötzliche Auftauchen der türkischen Gegenanträge wurde den Türken von der Befürchtung eines Angriffes nicht bloß gegen Konstantinopel, sondern auch gegen Rußland diktiert. In ihren Gegenanträgen ist der Wunsch verborgen, Rußland auf Kosten der übrigen Mächte zu favorisieren. Es genügt, die Vorschläge der Alliierten und der Türkei bezüglich der Durchfahrt der Kriegsschiffe zu vergleichen, um den greifbaren Unterschied zu erkennen, welcher beide Teile in der Auffassung dieser Frage trennt. Die Alliierten, welche auf der im Jahre 1907 von den Alliierten und der Türkei im Haag unterfertigten Konvention beharren, erklären, daß Kriegsschiffe das Recht der freien Fahrt in den territorialen Gewässern eines Staates sowohl in Friedens- als in Kriegzeiten besitzen müssen. Um aber den Forderungen der Türkei Rechnung zu tragen, haben die Alliierten der Einschränkung der Fahrt von Kriegsschiffen durch die Meerengen zugestimmt. Dieses Zugeständnis beantworteten die Türken nunmehr mit neuen Forderungen. Sie fordern, daß sich keine ausländische Flotte oder eine Gruppe von ausländischen Flotten, welche stärker sind als die gegenwärtige türkische Flotte, sich in den Meerengen aufhalten dürfe. Außerdem verbietet die Türkei jedem Flugzeuge, auch einem Handelsflugzeuge, jedem Muttergeschiffe eines Flugzeuges sowie jedem Unterseeboote den Durchgang durch die Meerengen, während die Alliierten der Türkei gestatteten, Flugzeuge und Unterseeboote selbst in den demilitarisierten Zonen zu haben. Die Alliierten Sachverständigen haben nachgewiesen, daß die türkischen Forderungen geeignet sind, die Meerengen ebenso hermetisch zu verschließen, wie dies der russische Vorschlag tut.

Der Wortlaut des Vorschlages der Alliierten steht unabhänderlich fest. Admiral Lacaze hat den türkischen Sachverständigen formell erklärt, daß sie diesbezüglich auf keine Änderungen rechnen können. Die Russen erkennen nun, daß ihre Vorschläge abgelehnt sind, und da sie zur Konferenz eingeladen wurden, um sich lediglich an der Aussprache über die Meerengen zu beteiligen, ist man der Ansicht, daß sie nach der letzten morgen stattfindenden Sitzung der Meerengenkommission in Lausanne nichts mehr zu tun haben werden. Die Türken scheinen ziemlich betroffen zu sein. Sie wünschen aufrichtig den Frieden, doch fühlen sie andererseits an ihrer Seite den russischen Alliierten, welcher stets höhere Ansprüche stellt, um die Unterfertigung vernünftiger Friedensartikel zu vereiteln.



### Drunter und drüber.

Im deutschbürgerlichen Lager herrscht ein herzerfreuendes Chaos. Ehe der parlamentarische Verband in Trümmern ging, schwebte es mehr unter der Decke und war nicht benützlich war, näher zusehen, bekam mir zeitweise durch die die und da aufsteigenden schlechtrichternden Schwaden eine Ahnung von dem Inhalt des Hexenbrotens. Aber seitdem der künstliche Reifer zerbrach, erlebte die ganze Öffentlichkeit den Genuss, die Gese frei spielen zu sehen und der Schlamm, der früher vorsichtig abgezogen wurde, fliehet jetzt lächelnd und breit durch die Spalten der Tagespresse, sich hin und her wälzend zwischen „Kampfgemeinschaft“ und „Arbeitsgemeinschaft“.

Am allermeisten brodelts aber im deutschnationalen Topfe. Generalfeldmarschall Ludoman kann sein Häuflein nicht mehr meistern, seine „Kampf-Einheiten“ sagen ihm den Gehorsam auf und die Obersten rebellieren. Dr. Walther, der Bürgermeister von Tepsitz, wurde von ihm kurzerhand abgelöst, aber dann der Deutschnationalen seiner Gemeinde sieht er längst wieder auf dem Afse, ohne daß Ludoman auch nur im geringsten um seinen etwa geänderten Befehl befragt wurde. Und eben jetzt — der Verlust Dr. Medingers steht noch in frischer Erinnerung — hat wieder einer der Führer der Deutschnationalen seinen Abgang aus dieser Partei gemeldet. Dieser Austritt aber vollzieht sich unter weniger günstigen Begleiterscheinungen und läßt noch um vieles klarer erkennen, wozu zerfallene Zustände in der deutschen Nationalpartei und im gesamten deutschen Bürgerium herrschen und wozu hergehliche Erinnerungen Deutschnationaler mit sich nehmen, wenn sie der Partei Ludomans und zugleich auch allen bestehenden deutschbürgerlichen Parteien Lebenswohl sagen.

In der Abendausgabe der „Reichenberger Zeitung“ vom 19. Dezember meldet Dr. Siegmund Hergl, der Obmann der deutschnationalen Kreisparteileitung Reichenberg, mit seinem Schreiben an den Parteisekretär Schlicht seinen „Austritt aus der Deutschen Nationalpartei“. Er will sich keiner der bestehenden Parteien anschließen, sondern parteilos bleiben und zur Begründung führt er unter anderem folgendes an:

„Die Zersplitterung der Deutschen in der Tschechoslowakei in Parteien, deren Zahl abermals in Vermehrung begriffen ist und welche 90 Prozent ihrer Zeit und Kraft zur gegenseitigen Bekämpfung verschwenden, ist ein größerer Feind des deutschen Volkes als die Tschechen. Wer zu dieser Einsicht gekommen ist, muß es offen auszusprechen wagen, daß er nicht mehr gewillt ist, in diesem selbstmörderischen Bruderkampfe Zeit und Kraft zu opfern.“

Meine künftige Tätigkeit wird der Bekämpfung des genannten Parteienunwesens und der Herbeiführung einer Einigung aller deutschen Volksgenossen in der Tschechoslowakei gewidmet sein, weil ich überzeugt bin, daß es nur dem einigen deutschen Volke gelingen kann, dem tschechischen Vernichtungswillen mit Erfolg zu trotzen.“

Aus dieser Begründung könnte man etwa darauf schließen, daß Dr. Hergl wirklich nur deshalb „parteilos“ geworden, weil er die Parteienzersplitterung als das größte Uebel für die deutsche Bourgeoisie dieses Staates ansieht und wirklich der Meinung ist, daß es ihm oder überhaupt jenseitigen gelingen könnte, alle deutschen Bürger unter seine Hut zu bringen. Daß dem nicht so ist, geht aus einem Artikel hervor, den Dr. Hergl in der „Reichenberger Zeitung“ vom 10. Dezember veröffentlicht. Dort wirt er den deutschbürgerlichen Par-

## Und in den Armen liegen sich beide . . .

### Die Türken mit der großen Entente fast einig.

Lausanne, 20. Dezember. (Schweizer Depeschagenieur.) Die heutige Sitzung der Meerengenkommission, die mit Spannung erwartet wurde, nahm einen überraschenden Verlauf. İsmet Pascha erklärte, daß die Türken mit den Alliierten in der Frage der Durchfahrt der Handelschiffe im großen und ganzen zusammengehen, aber auf einigen Forderungen bestehen müßten. Die Türken wollten auf der Halbinsel Gallipoli eine Garnison unterhalten, deren Umfang durch die Alliierten festgesetzt werden könnte. Ferner fordern sie die Abschaffung der Stationschiffe und die Beschränkung der Befugnisse der Meerengenkommission. Diese dürfe sich in die Verwaltung der Verkehrswege, der Entmilitarisierung usw. nicht einmischen, sondern habe nur die Kontrolle über die ein- und ausfahrenden Kriegsschiffe zu übernehmen. Schließlich fordern sie nochmals die Autonomie für die Inseln Lemnos und Samothrake und die Nichtzulassung der Griechen in die Meerengenkommission.

Lord Curzon stellte mit Genehmigung fest, daß die Türken die allgemeinen Richtlinien des Projektes der Alliierten annehmen, da ihre Einwände mehr die Durchführung als das Prinzip selbst betreffen. Was die Halbinsel Gallipoli betrifft, so könnte zur Besetzung Gendarmen zugelassen werden und da der Unterschied zwischen Garnison und Gendarmerie darin besteht, daß letztere keine Artillerie besitzt, so sei eine Einigung in dieser Frage sehr wohl möglich. Auch in Bezug auf die Stationschiffe sei eine Einigung zu erzielen, da die Furcht der Türken unbegründet sei.

teilen allerhand liebenswürdige Schmicheleien an den Kopf; sie seien, so sagt er beispielsweise, aus dem alten Oesterreich herübergerettet worden, zum Teile unter irreführenden und auf dem Wählerfang berechneten neuen Namen. Und für den parlamentarischen Verband, für die Echtheit der nationalen Parteien der bürgerlichen Parteien findet er Worte, die im Munde eines, der gerade das schmuckige Nest verläßt, besondere Wirkung haben. Er schreibt:

„Ein trauriges Bild bot der sogenannte Nationalverband. Solange er überhaupt zusammen kam, hat er in nächstlängsten Sitzungen weittragende Beschlüsse in Personalfragen, Vorstöße eigener Organisationen und sonstigen lächerlichen Kleinigkeiten gefaßt. Vor einhalb Jahren ist er lang und langsam verschieden; es fanden keine Vollkungen mehr statt. Vor kurzem hat nun die Deutsche Nationalpartei, offenbar aus Realitätsgefühl, die längst verweste Leiche begraben. Ueber den ganzen Vorgang und alle seine Begleiterscheinungen braucht sich niemand zu wundern. Die Parteien raten alle auch in diesem Falle nur das, womit sie 90 Prozent ihrer Zeit und Kraft verschwenden, nämlich die anderen Deutschen in diesem Staate im Partei-Interesse zu belästigen. Das Partei-Interesse ist ja das Höchste, was es gibt, das deutsche Volk mag darüber ruhig zugrunde gehen. Die deutschen Parteien gleichen einer Anzahl Ertrinken-der, die eine Riesenfaust unter Wasser drückt. Starr sich gegen diese Riesenfaust zur Wehr zu setzen, um mit dem Leben davonzukommen, fahren sie sich unter dem Wasser noch in der Agonie in die Haare.“

Treffender könnte kein Außenstehender die „Tätigkeit“ der deutschbürgerlichen Parteien „für das deutsche Volk“ kennzeichnen. „Parteiinteresse“ und „Wählerfang“ ist das Uml und Auf ihrer

Es dürfe nicht vergessen werden, daß Konstantinopel eine Seestadt sei und so wie dem Vorkriegszeit in Paris und London das Halten eines Automobils gestattet sei, so muß man auch die Benutzung eines Stationschiffes erlauben.

Bombard gab sodann einige Erklärungen über die Stationschiffe ab und bat İsmet Pascha, hier eine Konzession zu machen. Schließlich stellte Barrère fest, daß sein gestriger Appell an die Türken nicht vergeblich war. Er freute sich, daß man einen so großen Schritt nach vorwärts gemacht habe und man nunmehr vor einer allgemeinen Einigung in dieser Frage stehe.

London, 20. Dezember. An der heutigen Sitzung der ersten Kommission nahmen sowohl die türkischen als auch die russischen Delegierten teil. Die türkische Abordnung arbeitete die ganze Nacht an der Antwort, die sie heute den Alliierten übergeben hat. Früh berieten der französische Delegierte Barrère und der italienische Delegierte Marchese Garroni, welcher in der Nacht eine Unterredung mit İsmet Pascha hatte, mit Lord Curzon und den britischen militärischen Sachverständigen. Heute fand eine Sitzung der Subkommission für die Rinderheiten statt. Nach umfangreicher Debatte sprachen die Türken ihre Zustimmung aus, daß den Rinderheiten volle, autonome Freiheit gewährt werden soll, aber sie machten betreffs der Terminologie Einwände, insbesondere hinsichtlich der Bezeichnung „Rasse“.

Politik. Dr. Hergl hält natürlich keine Idee der „Einheitspartei“ für die einzig mögliche und richtige und fürchtet nur den Widerstand der gewählten Volksvertreter und der Parteiführer. Ursahe zum Widerstand aber haben nach seiner Meinung nur die Mandatsfleher, die nicht geeigneten Volksvertreter, die zur Befriedigung des Ehrgeizes oder aus materiellen Gründen am Mandate hängen.“

Daß Dr. Hergl dieser Gesellschaft von Ehrgeizigen, Mandatsflehern und materiell Eigen-nütigen den Rücken kehrt, ist nicht sehr zu verwundern; und wer weiß, was ihn noch außerhalb zu seinen Austritt veranlaßt hat? Wollte er ganz offen sein, würde man höchstwahrscheinlich noch lieblichere Dinge erfahren.

Die Gründung einer neuen deutschbürgerlichen Partei — wäre es die siebente oder die achte? — wäre für die Ludoman, Anisch, Krepel jedenfalls noch das kleinere Uebel. Dr. Hergl aber geht einen anderen Weg; er schlägt die Einheitspartei vor, fordert aber alle Deutschen, versteht sich die Bürgerlichen, auf, aus ihren Parteien auszutreten und parteilos zu werden, „Rudendeutsche, ohne kleinliche Unter-schiede“ zu sein. So einfach, wie sich Herr Dr. Hergl die Sache vorstellt, ist sie nun aber nicht; die Gegenläufe innerhalb des deutschbürgerlichen Lagers sind denn doch zu groß, als daß jemals alles Trennende beiseitegestellt werden könnte, es sei denn zeitweise zum Kampf gegen Arbeiterchaft und Sozialismus. Aber ohne Erfolg wird die neueste Parole nicht bleiben: sie wird das Drunter und Drüber der deutschbürgerlichen Politik noch vergrößern und die „Agonie“ dieser Parteien noch jammervoller machen.

## Der Streit um die Meerengen.

Was jeder Geschichtskundige voraussehen konnte, ist jetzt eingetreten: die Konferenz von Lausanne, die das Problem des „Nahen Ostens“ durch den Friedensschluß zwischen Griechen und Türken regeln sollte, ist an so schwierigen Fragen wie „Westtraktien“ und „Kapitulationen“ bisher zwar unter Ach und Krach, aber immerhin glücklich vorbeigekommen — an der Meerengenfrage droht sie zu scheitern. Das liegt im Wesen der Sache. Der Kampf um Westtraktien berührt das „Prezige“ Griechenlands und der Türkei an einem sehr wunden Punkte, eine Aufhebung der „Kapitulationen“ würde in die persönlichen und Handelsinteressen vieler Europäer entscheidend eingreifen, wenn er sie gegen die bisherige Meinung der türkischen Gerichts- und Steuerbehörde unterwürfe, die großen Linien der seit vielen Jahrhunderten wirkenden Weltpolitik würde eine Regelung beider Fragen jedoch nicht stören. Anders steht es um die Meerengen.

Nach der Definition der Ententesachverständigen umfaßt der Ausdruck „Meerengen“ gleichzeitig die Dardanellen, das Marmarameer und den Bosphorus. Also jene geographische Formation, die man in England mit Vorliebe durch das Bild von der Flasche und den Flaschenhals zu charakterisieren sucht. Das Schwarze Meer stellt dabei den Flaschenkörper, die Meerengen stellen den Flaschenhals dar. Der Herr des Flaschenhalbes ist der Herr der Flasche. Die Türkei hat also von dem Augenblicke an Wohl und Wehe der Schwarzmeerstaaten und deren Verbindung mit dem Mittelmeere in der Hand, wo sie die Meerengen zu schließen vermag. Welche praktische Bedeutung dieser Tatsache innewohnt, lehrt der Weltkrieg. Als das zaristische Rußland noch eine Hauptstütze seiner westlichen Verbündeten darstellte, hatten diese das größte Interesse daran, dem an der Weichsel, am Pripiet und am San bedrängten russischen Bären auf dem Wasserwege mit Waffen, Munition und Nahrungsmitteln auszuweichen; nur „freie Schifffahrt“ durch den Bosphorus, und die englische Handelsflotte hätte Rußland mit allem Notwendigen versorgt, der Zarismus wäre vielleicht zu retten, der Ententeplan, der zu Beginn des Weltkrieges entworfen worden war, noch weit lückenloser auszuführen gewesen, als es in Versailles geschah! Der seit Jahrzehnten „Kranke Mann“ von Konstantinopel aber vernachlässigte durch die Rechnung der Alliierten einen dicken Strich zu ziehen, Natur und Baufkunst mochten seine Stellung an den Meerengen unerschütterlich und als die englische Flotte, der Herr der Weltmeere, bei Gallipoli durchbrechen wollte, mußte sie vor den türkischen Festungswerken und deren weittragenden Geschützen zurückweichen. Das war die furchtbarste Demütigung, die jemals dem seeführenden Albion zuteil geworden ist, diese bitteren Stunden nochmals zu durchleben, kann kein britischer Staatsmann das Verlangen tragen. Die freie Entschloßung der Türkei über die Durchfahrt zu befehlen, muß darum noch mehr der Leisheit der britischen Politik sein als bisher, man hat in London von den wechselnden Stimmungen der Nachbarn am Goldenen Horn seit Jahrzehnten zu viel erfahren, als daß man sich diesen Stimmungen anzupassen das Bedürfnis hätte. So kam der ursprüngliche, in Lausanne am 6. Dezember überreichte Entwurf eines Meerengenregimes zustande, der folgendes vorsah:

Es dürfen keine permanenten Einrichtungen militärischer oder maritimer Natur bestehen, die ge-

## Der Viktor kommt heim.

Von Ludwig Ragg.

(Einsperrtätige Uebersetzung aus dem Ungarischen von Stefan J. Klein.)

In dem großen grauen Haus, das wir damals bewohnten, gab es nur einzimmerige Wohnungen. Deshalb beneideten auch alle Einwohner die „Nummer sieben“, denn dort wohnte ein Junggeselle und konnte sich also mit der Gemächlichkeit eines Hausherrn allein in seiner Wohnung, die aus Zimmer und Küche bestand, breit machen. „Nummer sieben“ war ein Bildschuster, besah aber einen so dichten Schnurrbart und starken kräftigen Körper, daß er sicherlich nur infolge eines Irrtums nicht Metzger geworden war.

Aus meißten wurde „Nummer sieben“ von den Roznucaos beneidet, denn diese waren acht an der Zahl und die mislieblichste Familie des Hauses. Die Roznucaos waren ein arbeitslos, schmutziges und trübes Volkchen: der Vater Diener bei einem Leichenschaufelunternehmer, die Söhne in verschiedenen Gewerken. Gustl, der Älteste, war eigentlich Kommiss, konnte aber wegen seines abstoßend häßlichen Gesichtes keine Stelle bekommen. Die Bewohner der Mietkassorne nannten ihn untereinander „Herr Totenkopf“, denn sein Kopf war mit dem verzerrt grinsenden, gelben Gesicht einem Totenkopfe sehr ähnlich. Ein Kavaller war er aber doch, er sah nämlich und arbeitete nicht; einer solchen Lebensweise konnte sich außer ihm im Hause niemand rühmen. Man war auf ihn darum sehr böse und ärgerte ihn durch spize Bemerkungen, mit Ausnahme von „Nummer sieben“, die für ihn Partei ergriff und zumindst einmal in der Woche den Nagelhammer beiseite legte, um mit größter Entschiedenheit zu erklären:

„Dem Vater, diesen Kosterl, müßte man erschlagen, weil er aus einem Menschen mit einem solchen Gesicht, wie Du hast, einen Kommiss gemacht hat.“

Es gab auch noch einen neunten Roznuca,

Viktor, den man aber mit den anderen fast nicht in einem Atem nennen darf, weil er ein wirklicher Kavaller war. Er hatte die Handelsakademie absolviert, als Einjähriger bei der Artillerie gedient und war jetzt Baubeamter in Wien mit 1800 Gulden Gehalt.

Die Tadelngeblichenen jedoch waren sehr euan, sehr schmutzig und sehr wäge. Das Weib nannte die Kinder nicht anders als „die Schmier-sinken“. Viktor wirkte ihre Kränat beinahe lächerlich. Eines Tages, als sie zusammen in der Küche saßen und in Erwartung von etwas anderem Brot und Quark aßen, öffnete ein Bettler die Tür. Ein Greis mit zitternden Händen und noch stärker zitternder Stimme, mit einem Wort, ein echter, unverfälschter Bettler. Die Mutter sagte: „Wir haben nichts“. Der Bettler beteuerte: „Ich bin sehr arm, bitt ergebene, bin sehr arm. . . sehr arm. . .“ Da sah sich die ganze Familie schweigend an und brach in schallendes Lachen aus. . . . . Schon lange hatten sie sich nicht so gut unterhalten, wie über diesen bettelarmen Bettler, der — seine Armut betreuend — um ein Almosen bat, mit seiner Armut auf die Roznucaos Eindruck machen wollte. Stefan sagte, vor Lachen schier erstickend:

„Uns kommt er damit, daß er arm ist!“

„Eines Tages reichte Frau Roznuca jedemann eine große Neugier mit:

„Der Viktor kommt. Auf dem Tisch liegt der Brief.“

„Er kam auf zwei Tage zu Besuch. Auch Geld war in dem Umschlag. Eine Fünzigkronennote. Dann sagte Frau Roznuca ärgerlich hinzu: „Gedachte jetzt muß dieser Tag diebisch krank sein!“ Dies galt dem Gustl, dem Herrn „Totenkopf“. Er war ketschlagertig, Hästelte schon seit langem. Hatte sich erkältet und umtete das Bett hüten. War nicht unbedenklich krank.

In der Nachbarschaft floß Frau Roznuca von einem zum anderen. „Der Viktor kommt. Mein Sohn, der Bankbeamte aus Wien, besiedeln Sie zu wissen. Er kommt noch heute, bleibt zwei Tage.“

Mit den fünfzig Kronen konnten sich die Roznucaos ein paar gute Tage machen. Das Weib

machte jeden Tag Feuer im Herd, hielt auch die Tür offen, damit von der Wärme ein wenig ins Zimmer dringe. Sie aßen recht anständig, Frau Roznuca kochte seine Mittagessen, briet Fleisch, sah Mehlspesen und ermangelte nicht, beim Rechtsradel die Familie sorgsam aufmerksam zu machen:

„Den müßt Ihr mit Andacht essen, es ist ein Pfund Butter drin.“

An dem hochwichtigen Tag, am Sonntag, da Viktor kommen sollte, waren sie alle daheim. Saßen in der wohligen Wärme, gähnten, streckten sich; Zufriedenheit, Erwartung, die kleinen Hoffnungen und geringfügigen Wünsche spielten von einem Gesicht aufs andere hinüber. Selbst der alte Roznuca war frohen Mutes, obwohl er sonst stets düster und mürrisch war und nicht besser gelaunt, als die arbeitslosen Werde der Leichenschaufelunternehmung.

Bewichtige Schritte ertönten auf dem Flur, vor dem Küchenfenster. Viktor kam. Als sich die Tür öffnete, blieb Viktor einen Augenblick stehen und räusperte die Nase.

„Hier stinkt es aber verflucht!“

Dies waren seine ersten Worte, denn er war ein gemütlicher und froher Bursche. Außerdem feist und rot.

„Warum lästet Ihr nicht? Warum macht Ihr nicht die Fenster auf?“

Warum wurde denn wirklich nicht gelüftet? Die Jungen lachten darüber sehr verwundert, sie konnten sich keines Grundes entsinnen. Die Alten mußten es freilich, sprachen nichts und dachten nur sofort:

„Schaut nur! Schaut! Wenn der Sohn armer Leute Bankbeamter mit 1800 Gulden Gehalt wird, vergißt er, daß durch ein geöffnetes Fenster Kälte in die Stube dringt. Besonders aber dann, wenn er so gesund ist, wie dieser Viktor.“

Nun gingen die Umarmungen vor sich, die väterlichen, mütterlichen und geschwisterlichen. Gustl konnte vor Heiserkeit nur ein leises: „Gedvus, Viktor“ flüstem, worauf dieser gutmütig bemerkte:

„Mir scheint, Du bist heute nicht gut disponiert.“

Nach jensei Viktor das für ihn aufgehobene Mittagmahl vor, er jedoch behauptete, schon gegessen zu haben. Im Gasthaus. Tatsächlich sagte er im Restaurant, welches dort in Gustl oberhand sahne Gedanken auslöste. Dieser lag nämlich im Bett und hatte deshalb am meisten Zeit zu denken.

„Wie schade, daß er bereits gegessen hat.“ sagte die Mutter. „Der arme Kerl hat sicher nicht gemußt, daß wir heute Wohnstrudel — meine Leibspeise — haben.“

Viktor sah eine Stunde daheim. Sie plauderten mancherlei u. er sagte dann, daß er übermorgen früh verreise, morgen aber noch auf eine Stunde komme. Er sei bei einem Freund abgetreten, gehe heute ins Orpheum, morgen wohl auch in irgendein Theater — und damit entfernte er sich. Er habe viel zu tun, sagte er. Das war alles.

Die Mutter begleitete ihn hinaus, wechselte in der Küchentür noch einige Worte mit ihm, und als sie dann in die schmutzige Stube zurückging, zu ihren anderen Kindern, sah sie diese mit seltsam fremden Augen an. Schaute sie so an, als seien sie gar nicht ihre Kinder, sondern Fremde. Man könnte sagen, sie habe bis jetzt unter einer optischen Täuschung gelitten. . . . Nur der andere, der Kavaller, war ihr Sohn! . . . Auch sie warf Gustl einen Blick in diese schmutzige armselige Wohnung, war bei diesen Fingerringen nur zu Besuch, in Wirklichkeit aber eine vornehme Dame, die Gattin eines Beamten. . . . Was für einen schönen glänzenden Zylinder doch dieser Viktor hat! Sie fühlte sich jetzt glücklicher, war stolz auf Viktor und ein trunkenes Gefühl durchdrückte sie langsam. Auch ward ihr ein wenig schwindlig, vielleicht von dem übergroßen Glück.

Alles war so seltsam, daß sie sich darüber nicht einmal recht klar werden konnte. Sehr seltsam war es, ihr Herz klopfte schmerzlich, ihr armseliges lumpiges Herz unter dem schmutzigen Leibchen. Und sie wußte nicht einmal, warum. . .



eignet sind, die freie Durchfahrt durch die Dardanellen zu verhindern. Die zu beiden Seiten der Dardanellen und des Bosporus liegenden Zonen und Inseln sollen ebenfalls entmilitarisiert werden. Die Entmilitarisierung muß in folgenden Maßnahmen bestehen: Zerstörung der bestehenden Festungsanlagen, sowie aller militärischen und maritimen Einrichtungen und Verbot, neue Befestigungen zu bauen; kein bewaffnetes Heer darf in den entmilitarisierten Zonen gehalten werden, außer den Polizeikräften und der für die Aufrechterhaltung der Ruhe im Innern nötigen Gendarmerie; in Konstantinopel und Umgebung können für die Bedürfnisse der Hauptstadt Streitkräfte gehalten werden, deren Bestand zwischen den Mächten und der Türkei festgesetzt werden soll, der aber 10.000 Mann nicht überschreiten darf; wenn die Türkei im Kriegsfall von ihrem Rechte als kriegsführende Macht Gebrauch macht; und an die Aufhebung der Entmilitarisierung schließt, so ist sie verpflichtet, sofort nach Friedensschluß den Status quo ante bellum wiederherzustellen. 1. Die Alliierten wünschen vollständige Gleichberechtigung für alle im Schwarzen Meer Handel treibenden Völker. Sie verlangen dabei vollständige Freiheit der Handelschiffahrt für die Neutralen in Kriegs- und Friedenszeiten. 2. Vollständige Freiheit für die Kriegsschiffe bei Besichtigung der in den türkischen Häfen zu beobachtenden Formalitäten und Beschränkung der Zahl dieser Schiffe sowie der Dauer des Aufenthaltes. Wenn die Türkei kriegsführende Macht ist, soll die Durchfahrt für die Neutralen vollständig frei sein. 3. Die Alliierten schlagen die Einsetzung einer interalliierten Kommission unter Vorsitz eines Türken vor. Diese Kommission soll aus je einem Delegierten der Mächte sowie aller anderen interessierten Staaten zusammengesetzt sein.

Von diesen Vorschlägen haben sich die Alliierten einen und den anderen abhandeln lassen, die Leitidee, sich und seine Handelsinteressen von der Günst und der Entscheidung der Türkei unabhängig zu machen, ist auch im letzten, jetzt den Türken mit der höflichen Einladung „Friede, Bege, oder Friede“ überreichten Diktat völlig unberührt geblieben.

Nach dieser Richtung herrscht unter den Alliierten seitens Einmütigkeit, eine Tatsache, die geschichtlich zu denken gibt. Denn vom englisch-türkischen Handelsvertrag des Jahres 1830 bis zum Beginn des Weltkrieges hatte das Prinzip der Abschließung als heilig gegolten und höchstens die Russen hatten sich ihm widersetzt. Jetzt umgekehrt wollen die Russen die Bewahrung der Vorrechte den Türken überantwortet sehen, die Rollen haben sich also genau umgekehrt. Der Grund liegt auf der Hand. Einst war Russland der gefährlichste Koloss gewesen, seinen Schiffen die Durchfahrt vom Schwarzen zum Mittelmeer frei zu gestatten, hätte alle Mittelmeerstaaten unter das Diktat des Jaren gestellt. Heute breiten sich rings um das Schwarze Meer „Einflußsphären“ aus, der Balkan, Mesopotamien, Armenien, Persien und — der Schatz der Schätze — Moskau's Petroleumquellen, bieten tausend noch ungehobene Handelsmöglichkeiten und Rohstoffschätze, die Industriestaaten der Welt brennen darauf, frei und ungehemmt mit ihnen verkehren zu können.

Rußland hier den Rang eines Gleichen unter Meichen einzuräumen, schmerzt weiter nicht, weil Russland als unbedingter Konkurrent noch auf lange hinaus wenig bedeutet. Aber man erhebt daselbst Russland zum Herrn über die anderen, wenn man den Türken die Macht über die Meerengen beläßt, denn die Türken sind mit den Russen durch einen Bündnisvertrag fest verknüpft und den Bolschewiken sie als Frucht in den Schoß, was höchstes Ziel der Jarenpolitik gewesen war: das Schwarze Meer als russisches Binnenmeer. Auf diese Basis gefügt, würde sich Sowjetrußland für die Entente unerwünscht rasch

# Sechsfache Erhöhung des Getreidepreises in Deutschland.

Wenn der bürgerliche Adel und die Regierung...

Berlin, 20. Dezember. (Eigenbericht.) Der Reichsernährungsminister Dr. Luther stellte heute den Pressevertretern mit, daß der Getreidepreis um das Sechsfache erhöht werde. Die Regierung bekräftigt die Erhöhung damit, daß sie vorgibt, die Produktion der Landwirtschaft sei stagnierend zu stehen. Da aber das Getreide auf dem Markt kommende Getreide unter ganz anderen Bedingungen produziert wurde, ist dieser Grund nicht stichhältig und die Erhöhung des Getreidepreises, die das Brot mindestens um zwei Drittel

verteuern dürfte, erscheint lediglich als eine Preisgabe an die Agrarier.

Es ist voranzusehen, daß in der Bevölkerung große Erbitterung gegen diese Vorgehen der Regierung entstehen wird, zumal eine Steigerung des Brotpreises gewöhnlich eine allgemeine Preissteigerung zur Folge hat.

Die sozialdemokratische Partei hat bereits Protestaktionen gegen diese von der Regierung selbst eingeleitete Verteuerung der Lebenshaltung ins Werk gesetzt.

erhalten können, können doch die verschiedenen, heiß ersehnten „Einflußsphären“ unter russischen Einfluß! Die Türkei hat sich die Forderungen Tschißcherins nicht zu eigen gemacht, aber einen Gegenentwurf dem Projekt der Alliierten entgegengesetzt, der dieses in vielen Punkten so abschwächt, daß England und seine Verbündeten hier Rußlands Wünsche hervorstimmern sehen. Was also als Streit um Einzelfragen, namentlich um die Stärke der Kriegsstreitkräfte und deren Durchfahrtsrechte, hin- und herwogt und zuletzt zum beiderseitigen Ultimatum und der hinauskomplimentierung Tschißcherins aus Lausanne geführt hat, ist im letzten Grunde ein Ausdruck des Imperialismus Rußlands und der Entente; die schönen Worte von „Freiheit“ und „gleichem Recht“ hier und vom „Herrn im eigenen Hause“ dort, haben nur die tieferen weltmachtpolitischen Beweggründe zu verschüllen. Wieder einmal streitet man in Lausanne, wie 1814 auf dem Wiener Kongreß um das „Gleichgewicht der Welt“. Und wieder wird aus diesem Haber, der sich in frecher Blasphemie als „Friedenskonferenz“ bezeichnet, Kampf und Krieg und Not hervorzuschaffen. Der Sozialismus hat mit den Parteien, die hier um Rohstoffe und Konzessionen streiten, nichts zu tun. Es ist imperialistischer Kapitalismus in Reinkultur, der dafür, was in Lausanne verbrochen wird, Schuld und Verantwortung trägt.

auch in Preußen eingeschlichen und ihr Einfluß ist bis in die Reichswehr gedrungen. Mitglieder der nationalsozialistischen Partei, die früher der Reichswehr angehört, haben es verstanden, auf Grund ihrer früheren Legitimationen Eingang in die Kasernen und Magazine der Reichswehr zu erlangen. In Berlin wurden in der letzten Zeit ungefähr zehn große Waffentransporte beschlagnahmt. Sie waren als Maschinenteile deklariert, enthielten aber zerlegte Maschinengewehre, Infanteriegewehre und viel Munition. Sie waren zum Teil für einige östliche Randstaaten, zum Teil für Oberösterreich und andere Teile des Reiches bestimmt.

## Verhandlungen der deutschen Regierung mit den Gewerkschaften über die Reparationsfrage.

Berlin, 20. Dezember. (Eigenbericht.) Die Regierung hat auf eine neuerliche Beschwerde des Gewerkschaftsbundes hin sich entschlossen, die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zu Verhandlungen über die Reparationsfrage einzuladen. Im Reichskabinett werden die Besprechungen über die neuen Vorschläge weitergeführt, doch dürfte man kaum vor Weihnachten zu einem Resultat kommen.

## Der Raub der Konstitutionsfreiheit in Italien.

Rom, 20. Dezember. (Habas.) Die Blätter melden, daß nach den Ausschreitungen der Oberste Rat der Faschisten Mussolini Vollmacht erteilte, der sofort energische Maßnahmen anordnete, die auf eine Disziplinierung der faschistischen Aktion abzielen. Mussolini entschied, daß offiziell nur jene Syndikatsorganisationen anerkannt werden, die der Partei der Faschisten angegliedert sind. Er unterstützte die Regierungsmassnahmen gegen die Bewegungen der Linksparteien, besonders in Florenz, wo bei Durchsuchungen Dokumente gefunden wurden, die die Existenz zweier republikanischer Organisationen beweisen, die mit Komplotzen „Rote Hemden“ disponieren. Unter den Opfern bei den Zusammenstößen der Kommunisten und Faschisten in Turin befanden sich auch der kommunistische Abgeordnete Pagaccia und der kommunistische Stadtrat Barula. Ferner wurde der Sekretär der Metallarbeitervereinigung Pietro Ferrero und der Sozialistenführer Andrea Guinio getötet. Nach den letzten polizeilichen Mitteilungen erforderten die Zusammenstöße neun Tote, unter ihnen sieben Kommunisten. Die Leitung der Faschistenpartei ordnete in Turin die allgemeine Mobilisierung der „Schwarzen Hemden“ an,

## Telegramme. Die Wiener Tüchlein für das Gemeindefbudget.

Wien, 20. Dezember. In der heutigen Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde die Debatte über das Budget der Stadt Wien im Zeichen der Opposition der christlich-sozialen Gemeinderäte gegen die sozialdemokratische Rathausmajorität eröffnet. Die tschechischen Gemeinderatsmitglieder, die Gemeinderat Racht (Sozialdemokrat) und Klimes (tsch. Sozialist) erklärten, daß die tschechischen Vertreter für das Budget stimmen werden. Der Abg. Machat anerkennt hinsichtlich der Finanzgebarung der Stadt Wien, daß sie bemüht sei, mit eigenen Mitteln auszukommen, ohne einen ausländischen Konmissar in Anspruch zu nehmen, der ihre Sparmaßnahmen aufzwingen würde. Gemeinderat Klimes erklärte, daß er für das Budget stimme.

## Faschismus in der Reichswehr.

Berlin, 20. Dezember. (Eigenbericht.) Nach einer Meldung des „Sozialdem. Parlamentarierdienst“ haben sich die bayrischen Faschisten nun

## Neues Votumteil in Rußland.

London, 20. Dezember. Die „Times“ berichten aus Riga, daß in dem Petersburger Prozesse gegen die Sozialisten das Urteil gefällt wurde, in dem über elf angeklagte Sozialisten das Todesurteil ausgesprochen wird.

## Vor Kriegsschwierigkeiten.

Amerika und Japan gegen den sofortigen Abbruch von Großkampfschiffen.

London, 20. Dezember. Das Reutersche Büro meldet aus Washington: Marine-Sekretär Denby legte dem Kongreß einen Bericht vor, der besagt, daß weder Amerika noch Japan beabsichtigen, die vorhandenen Großkampfschiffe abzubauen, solange der Abrüstungsplan nicht in Kraft getreten sei, wenn auch die beiden Länder den Bau von Großkampfschiffen eingestellt hätten. Reuter bemerkt dazu, daß Großbritannien im Gegensatz zur Haltung der Vereinigten Staaten und Japan eine ansehnliche Zahl von Großkampfschiffen außer Dienst gestellt hat.

## Kleine Auslandsmeldungen.

### Der neue alte Kurs in Polen.

Lemberg, 20. Dezember. Das hiesige ukrainische Blatt „Swohoda“ meldet, daß das hiesige Polizeipräsidium die Abhaltung eines nationalen ukrainischen Kongresses in Lemberg verboten habe.

### Rücktritt des italienischen Finanzministers.

Rom, 20. Dezember. Die „Agenzia Stefani“ meldet, daß Schatzminister Tangra aus Gesundheitsrücksichten demissioniert hat. Der Ministerpräsident hat die Demission angenommen. Mit der vorläufigen Leitung des Schatzamtes wurde der Finanzminister Stefani betraut.

### Die neuen Reparationsvorschläge der Deutschen.

Berlin, 20. Dezember. Wie verlautet, gehen die Besprechungen der Reichsregierung über die neuen deutschen Reparationsvorschläge im Reichsfinanzministerium weiter. Der Zweck der gegenwärtigen Unterhandlungen ist, die Anschauungen der verschiedenen Kreise des Wirtschaftslebens kennen zu lernen, um dadurch eine Grundlage für neue Vorschläge zu finden. Es ist anzunehmen, daß die Regierung vor Weihnachten endgültige Beschlüsse fassen wird.

### Der Tiger in Paris.

Paris, 20. Dezember. (Habas.) Clemenceau ist heute nach Paris zurückgekehrt.

### Scherstreik und Scherenausperrung in Czernowitz.

Bukarest, 20. Dezember. In Czernowitz ist in einigen Betrieben ein Streik der Buchdruckerarbeiterschaft ausgebrochen, da ihre Lohnforderungen bewilligt wurden. Die übrigen Arbeitgeber erließen aus Solidarität die allgemeine Aussperrung, die dortigen Blätter nicht erscheinen und die Schulen geschlossen sind.

### Ernennung eines deutschen Gesandten in Riga.

Berlin, 20. Dezember. (Eigenbericht.) Zum deutschen Gesandten in Riga wurde der ehemalige Reichsminister Genosse Dr. Röstler ernannt.

Copyright 1922 by Det. Walli-Berlin, Berlin-Görlitz.

## Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (38) Autor. Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.

Die Marschierenden kamen an uns vorüber, verschwanden. Ich beobachtete den Propheten. Seine Augen waren geweilt, sein Antlitz verriet Schmerz. „O Gott, mein Vater“, flüsterte er, und jeder der schweren Schritte schien ihn erzittern zu lassen. Nachdem der Sturm vorüber war, verharnte er reglos, nach immer mit leuchtenderm Gesicht: „Das ist Rom, Rom“, murmelte er. „Nein“, erwiderte ich, „das ist Wobland.“

Er fuhr fort, als habe er mich nicht gehört: „Rom, das ewige Rom. Rom, das niemals stirbt.“ Er wandte mir die erschrockenen Augen zu: „Sogar die Adler.“

Einen Augenblick lang verstand ich ihn nicht; dann jedoch erfaßte ich mich des goldenen Adlers, der mit ausgebreiteten Flügeln auf der Spitze unseres Banners thront. „Wir haben bloß einen Adler“, sagte ich verzagt.

Und er gab Antwort: „Die Seele eines Adlers ist gleich der Seele zweier Adler.“

Ich hatte ja immer gewünscht, daß sich Zimmermann mit der Brigade schlecht verstehen würde, und nun war ich in meinem Entschluß noch bestärkt worden: er muß irgendwie daran gehindert werden, mit diesen Leuten zusammenzukommen. Jetzt, augenblicklich, galt es, ihn aus der uns umgebenden Menge zu befreien. Schon hatte er zu sprechen begonnen: „Die scharfen Speere! Seht ihr denn nicht, wie sie in menschliche Eingeweide gestochen werden? Seht ihr denn nicht, wie von ihnen das Blut eurer Brüder triefelt?“ Ich verriet mich flüsternd mit Everett, dem ich von allen diesen Enthufasteten die meiste Ver-

ternheit zutraute. „Wir müssen ihn weiterbringen.“ Everett legte sanft die Hand auf des Propheten Schulter: „Die Gefangenen warten auf uns.“ Ich nahm Zimmermann auf der anderen Seite beim Arm und wir führten ihn die Straße entlang. Wir zwangen ihn, immer rascher und rascher zu gehen, bis schließlich die Menge hinter uns zurückblieb, und nur noch ein paar Neugierige aus der Ferne folgten.

44.

Wir hielten vor dem Gefängnis an und verlangten Einlaß. Doch schienen die Behörden bereits auf dies vorbereitet zu sein und dem Propheten wurde kein Einlaß gewährt. Nun stand die kleine Gruppe auf den Zinsen, verwirrt und betrübt.

Für mein Teil fand ich, es sei ganz gut, daß Zimmermann nicht ins Gefängnis gelangt sei; ich wußte ja, was er dort gesehen hätte. Meine Tante Jenny gehört einigen Frauenvereinen an, und diese haben wegen unseres Stadteinganges furchtbare Geschichten gemacht, machen sie schon seit Jahren, doch anscheinend völlig ohne Ergebnis. Das Gebäude wurde von einer Generation errichtet, da die Stadt bloß ein Fünftel ihrer jetzigen Größe hatte; die Mauern sind so alt und verfallen, daß sie längst eingerissen werden müßten. Das Gefängnis ist meist derart überfüllt, daß in einer einzigen Zelle ein halbes Duzend Männer auf der Erde schlafen muß. Die Gefangenen werden vom Angezeiger aufgefressen, liegen im Dunkeln; in einigen Zellen erfrieren sie fast, in anderen leiden sie unter drückender Schwüle. Oft bleiben sie monatelang unbeachtet in Untersuchungshaft, weil die Gerichte überfüllt sind, und, wenn den Worten des Genossen Abell Glaubens geschenkt werden darf, so wird jeder als Schuldiger behandelt, bis sich seine Unschuld herausgestellt hat. Ich habe häufig meine Tante

Jenny zornig darüber reden hören. Unsere Banken sind in Palästen untergebracht, unsere Handelskammer sowie die Börse und ähnliche Finanzunternehmungen machen sich in teuren und geräumigen Behausungen breit; unsere Gefangenen hingegen schmachten in Qualen, und niemand kommt ihnen zu Hilfe.

Wahre Zimmermann um diese Dinge? Hatte die Streiter oder die Agitatoren ihm davon erzählt? Plötzlich sprach er: „Lasset uns gehen.“ Und dort, auf den Stufen des Gefängnisses, hob er flehend die Hände und betete laut für alle Gefangenen. Sobald er verstummte, erhob Genosse Abell die Stimme und sang. Ich hätte nie geglaubt, daß aus einem kleinen, schwachen Körper eine so starke Stimme kommen könnte, doch hatte ja Genosse Abell an zahllosen Straßenecken seine Stimme erprobt. Er gehörte zu den brüllenden Evangelisten, — bloß daß er ein etwas anderes Evangelium verkündete. Er sang:

„Steht auf, Verdammte dieser Erde! Die stets man noch zum Hungern zwingt. Das Recht wie Blut im Kraterherde Nun mit Macht zum Durchbruch dringt.“

Hätte ich genutzt, was dieses Lied ist, gahnt, daß diese Fanatiker auf den Stufen des Gefängnisses die Internationale singen, ich wäre noch viel mehr erschrocken als ohnehin. Was sie vor dem Verderben bewahrte, war, daß der Gefängniswärter das Lied ebensowenig kannte wie ich. Die kleine Gruppe hatte eilige Strophen gesungen, da öffnete sich die Eisentür und ein Polizist trat heraus. Er wandte sich an Zimmermann, der nicht sang, und schrie ihn an: „Sagen Sie diesen Narren, sie sollen das Maul halten.“ Zimmermann erwiderte: „Ich sage dir, wenn diese Menschen schwiegen, so würden die Steinmauern des Gefängnisses schreien.“ Er wandte sich um, blickte die Straße hinab, und ich sah, daß er weinte. „O Wobland! Wobland! Wenn

doch auch du erkennstest zu dieser deiner Zeit, was zu deinem Frieden dient. Aber nun ist vor deinen Augen verborgen. Denn es wird die Zeit über dich kommen, daß die Entsetzen des Klassenkampfes dich überraschen. Verderben und Zerstörung sind dir nahe. Die Arme deines Stolzes werden fallen, deine eigenen Kinder werden dich zerstören, werden keinen Stein auf dem anderen lassen, darum, daß du nicht erkannt hast, daß die Zeit der Gerechtigkeit gekommen ist!“

Abermals öffneten sich die Gefängnistore und vier oder noch mehr Polizisten erschienen, mit Knüppeln in den Händen. „Macht, daß ihr fortkommt!“ brüllten sie und stießen mit den Knüppeln den Propheten und seine Anhänger die Stufen hinab und etwa einen Bloß weiter auf der Straße — bis sie gewiß waren, daß die Gefangenen nicht mehr diese verbrecherischen Worte hören konnten. Dennoch wurde niemand verhaftet, und ich staunte darüber, fragte mich, wie lange diese Menschen noch frei herumlaufen würden. Ich ahnte voller Angst, daß, je länger ihnen dies gestattet wird, desto furatbarer das Ende sein werde.

Nun folgte uns bereits wieder eine große Menschenmenge, die hoffte, etwas Aufregendes zu erleben. Aus einem Hause kam eine Frau gelaufen, die an der Hand einen blinden Mann führte; sie stellte Zimmermann an, dem Mann das Augenlicht zurückzugeben. Er hob die Augen, um ihrer Bitte zu willfahren, und schon umringelten uns Fotografen und Reporter, fertig erregte Menschen. Dann strebten wir weiter und erreichten die Hauptstraße, in der sich die billigen Kinos und die Versagämter befinden, die läben mit den alten Kleibern und die Volksfächer. Weiter entfernt wimmelte eine schwarze Menge; etwas schien mich zu warnen, mein Herz preßte sich zusammen. Ein neuer Mob!

(Fortsetzung folgt.)



### Fenster.

Am 23. Mai 1922 erhielt ich ein Schreiben, das mit dem Fenster unterschrieben war. Was ein Fenster ist, weiß ich nicht. Ich kann es mir auch gar nicht denken. Deshalb dachte ich gleich, daß dieses ein Fenster sei. Das Schreiben kam aus München. Eine Stadt dieses Namens ist mir unbekannt. Ich halte sie für eine Erfindung der jüdischen Presse.

Außer dem Namen des Ministers X. enthielt der Brief die Summe von 20.000 Mark. Ich schloß daraus, daß ich den Minister X. töten sollte. Da ich aus tiefstem Gewissen den Mord verabscheue, schrieb ich sofort zurück, daß die Summe von 20.000 Mark viel zu niedrig sei. Nach dem für rechtsverbindlich erklärten Tarif der Organisation D. C., meiner Gewerkschaft, der ich jedoch nicht angehöre, betrage die Tage für Minister mindestens 50.000 Mark.

Ich schickte diesen Brief nach München. Da das Schreiben keinerlei Adresse enthielt, so schrieb ich auf den Umschlag: An Herrn Kapitänleutnant Ehrhardt, jurzist nicht in München, sondern städtisch verfolgt im Auslande. Ich verleihe mich auf die Fingigkeit der Münchner Polizei. Drei Tage später trafen 50.000 Mark für mich ein.

Mit dem Gelde begab ich mich in die Piccadilly-Diele. Ich hatte hierbei keine weitere Absicht, als meinen Gram zu vergessen, der mich infolge des Vertrages von Kapopolis gänzlich zu zerfressen droht. Zufällig traf ich dort meine Freunde Tilli, Kili und Willi sowie den Stundaner Schnulli. Sie tranken an der Bar Whisky-Cocktail, und Schnulli pouffierte mit der Partane.

Ich flüsterle ihnen zu „Nationale Sache“, worauf wir uns alle auf die Toilette zurückzogen. Hier verlas ich den Münchner Brief, zeigte aber vorfahrig nur die 20.000 Mark, nicht die 50.000 Mark.

Tilli und Kili erklärten sofort, daß der Mord ein verabscheuungswürdiges Verbrechen sei und wir daher viel mehr Geld brauchten. Dies Verlangen war auch gerechtfertigt, weil bei der schlechten Valuta die Konkurrenz, die uns die farbigen Ausländer bei den Bardamen machen, kaum noch zu ertragen ist. Diese „Schwarze Schmach“ hat mich stets auf das tiefste empört, zumal ich weiß, daß der Nigger der blonden Elli Amerikaner ist und sie mir immer nur einen Dollar gibt, während sie drei von ihm bekommt.

Nachdem ich die andern wegen des Geldes beruhigt und weiteres in Aussicht gestellt hatte, besprachen wir die Einzelheiten des Planes. Wir waren jedoch fest entschlossen, ihn nicht auszuführen, sondern die Sache schien uns erst zu machen, wenn wir im Besitz eines Maschinengewehrs wären. Tilli versprach, eins zu besorgen. Er hat immer einige Posten Waffenlager sofort greifbar. Mit einer Organisation stehen wir nicht in Verbindung.

Da noch nicht feststand, wer von uns die Tat ausführen sollte, ließen wir uns — in das Lokal zurückgekehrt — den Knobelbecher geben. Wir spielten auf „hohe Hausnummer“. Da ich 661 war, die andern jedoch weniger, so erkannte ich hierin einen Fingerzeig des allmächtigen Gottes, den ich zum Zeugen meiner Unschuld anrufe, daß ich die Tat ausführen sollte. Ich verabscheute die Tat jedoch nach wie vor und beschloß, ganz gleichgültig, wie ich mich verhalten würde, nicht das geringste damit zu tun zu haben.

Um noch weitere Einzelheiten zu erkunden, sahen wir uns ein Nachballet an, besuchten Damenboxkämpfe und endeten in einem Spielklub. Hier ging leider das Geld aus, weshalb wir folgenden Telegramm nach München schickten: „Geschäft vor Abschluß, da Gegenseite Valuten verlangt, weitere Sendung nötig.“ Dieses Telegramm richteten wir an einen hohen ehemaligen Beamten. Den Namen zu nennen weigere ich mich, da ich die Republik nicht schädigen will.

Am nächsten Tag erhielten wir wiederum 50.000 Mark, in den Wochen darauf noch weitere Sendungen. Wieviel es im ganzen war, weiß ich nicht, da ich aus Nummer über den Zusammenbruch Deutschlands jämmtlos betrunken war.

Im Juni hatte Tilli aus Botokudie das Maschinengewehr besorgt. Ich war jetzt fest entschlossen, die Tat auszugeben, zumal das Geld schon wieder alle war. Er erhielt ich folgendes Telegramm aus München: „Falls Geschäft bis Donnerstag getätigt, größere Abschlußsumme disponibel.“

Nunmehr war mir völlig klar, daß der Minister X. ein Schädling am Volk ist. Er ist jüdisch verpöppelt, von Regern und Mongolen gezeugt, außerdem hat er während der Revolution den Schatz aus dem Justizsturm gestohlen. Ich schließe das daraus, daß ich bei einem Einbruch (nationale Sache) nichts mehr vorfand. Ich bin national gesinnt bis in die Knochen. Darunter verstehe ich, daß die jüdischen Warenhäuser geplündert werden müssen.

Wir hatten inzwischen ermittelt, daß der Minister X. jeden Morgen in Begleitung eines Wachhündchens im Park spazieren zu gehen pflegt. Da uns dies gefährlich schien, beschloßen wir, zunächst den Hund zu vergiften. Nachdem dies geschehen, verteilten wir die Rollen und verstedten uns hinter Bäume.

Da Tilli, Kili und Schnulli inzwischen nach Ungarn ausgewandert sind, so ist für mich erwiesen, daß nur sie die Schüsse auf den Minister abgegeben haben können. Ich selber war jedenfalls gänzlich unbeteiligt und ging nur mit, weil die andern mir gedroht hatten, mich zu ermorden, wenn ich etwa fliehen sollte. Ich habe auch nicht auf den Minister, sondern auf ein Eichhörnchen geschossen. Außerdem gab ich

Obacht, daß meine Schüsse nur den Hut des Ministers durchlöcheren.

Nach alledem erkläre ich es für eine schände Vergeltung des Rechts, daß mich die Strafammer in Hinterbustert gleichwohl wegen unbefugten Waffenbesitzes zu zwei Wochen Festungshaft verurteilt hat. Wenn auch die Strafe durch die Unterjuchungshaft verhäßt ist, so beweist dieses Schreckensurteil doch die mittelalterliche Verfolgungssucht republikanischer Gerichte gegen wahrhaft national gesinnte Männer.

P. S. Sollte jemand finden, daß diese wahrheitsgemäßen Angaben Dunkelheiten oder Widersprüche enthalten, so bin ich jederzeit erbötig, ihm durch persönliche Besuche das Gegenteil zu beweisen. Mache darauf aufmerksam, daß ich Revolver und Löffel stets bei mir führe und Kunstschütze bin.

Vigil in der „Mode“.

### Tages-Neuigkeiten.

**Tschechisierung des Gast- und Schankgewerbes.** Jedenfalls über höhere Weisung erlassen die politischen Bezirksverwaltungen Nordwestböhmens Kundmachungen, in welchen sie auf Grund des § 54, Abs. 2, der Gewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes vom 5. Feber 1907, R.O.B. Nr. 26, den Inhabern des Gast- und Schankgewerbebetriebe die äußere Bezeichnung der Betriebsstätte auch, und zwar an erster Stelle, in tschechischer Sprache, weiter die Verfassung bzw. Auflage sämtlicher Kundmachungen und Aufschriften, welche auf den Betrieb des Gewerbes Bezug haben, ferner der Fremdenbücher, der Speisekarten und der Getränkepreise in tschechischer Sprache, und zwar an erster Stelle und endlich die Vorzüge für die Bedienung auch in tschechischer Sprache auftragen. Zuwiderhandelnden wird mit Strafen, erforderlichenfalls mit Entziehung der Konzession gedroht. — Diese Aufträge der politischen Bezirksverwaltungen entbehren jeder gesetzlichen Grundlage und stehen im Widerspruch mit der Verfassungsurkunde und mit dem Staatsvertrage von St. Germain. Der § 54 der Gewerbeordnung, welcher auch die gewerbepolizeiliche Regelung des Betriebes der Gast- und Schankgewerbe vorweist, vorerst lediglich den Zweck, einen vom Standpunkte des öffentlichen Interesses aus einwandfreien Betrieb des Gast- und Schankgewerbes sicherzustellen, ist aber nicht geeignet, die Erlassung von Sprachvorschriften für den Gewerbebetrieb zu bedingen. Nach § 128, Abs. 3, der Verfassungsurkunde vom 29. Feber 1920, Zgl. Nr. 121, können die Staatsbürger der Tschechoslowakischen Republik in den Grenzen der allgemeinen Gesetzgebung jede beliebige Sprache im privaten und Handelsverkehr frei gebrauchen. Da es nun kein Gesetz ist, welches den Sprachgebrauch beim Betriebe von Gewerben regeln würde, ist es offenkundig, daß die gekennzeichneten Betriebsbetriebe verfassungswidrig und deshalb null und nichtig sind. Daraus folgt weiter, daß dem § 54 der Gewerbeordnung gar nicht der Sinn unterliegt werden darf, als ob er sich auch auf die Regelung des Sprachgebrauches im Gewerbebetriebe bezöge. Denn die Beschränkung im freien Sprachgebrauche könnte nur durch ein Gesetz auferlegt werden, nicht aber durch eine gewerbepolizeiliche Verfügung. Die bezüglichen Verfügungen der politischen Bezirksverwaltungen beinhalten aber auch eine Verletzung des am 10. September 1919 zwischen der Tschechoslowakei und den alliierten und assoziierten Hauptmächten in St. Germain abgeschlossenen Staatsvertrages (Lundmachung in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen Nr. 508 vom Jahre 1921). Nach Artikel 7 dieses zwischenstaatlichen Vertrages wird den tschechoslowakischen Staatsbürgern keinerlei Beschränkung im freien Gebrauche irgendeiner Sprache im privaten oder Geschäftsverkehre auferlegt werden. Im Artikel 1 verpflichtet sich die Tschechoslowakei, daß die in den Artikeln 2—8 des 1. Kapitels des bezeichneten Vertrages enthaltenen Bestimmungen als Grundgesetze anerkannt werden, daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine Amtshandlung mit diesen Bestimmungen im Widerspruch oder Gegenlage stehe und kein Gesetz, keine Verordnung und keine Amtshandlung ihnen gegenüber Geltung haben soll. Da also die gekennzeichneten Verfügungen der politischen Bezirksverwaltungen sowohl der Verfassungsurkunde, als auch dem Völkervertrage widersprechen, muß gefordert werden, daß die Regierung der verletzten Verfassung und dem verletzten Völkervertrage sofort Genugtuung schafft, die bezüglichen Kundmachungen außer Kraft setzt und die Schuldtragenden wegen Verfassungswidriges den zuständigen Gerichten überantwortet.

**Gegen die Devisenschieber.** Amtlich wird gemeldet: Das Finanzministerium führt gegenwärtig eine Revision der Devisengeschäfte bei den Banken und Bankhäusern durch. Das Ergebnis dieser Ueberprüfungen veranlaßt den Finanzminister, der „Creditanstalt der Deutschen“ in Prag und allen ihren Filialen, ferner dem Bankhause Dr. Eger u. Comp. in Prag die Berechtigung zum Devisenhandel zu entziehen. (Seiner Erzielung unsere Anerkennung; nur empfehlen wir die so strenge Revision auch auf Banken und Bankhäuser zu erstrecken, hinter denen und in deren Verwaltungsräten die nationaldemokratischen Freunde aus den Häusern Stranzky, Sonntag, Englisch, Rabin usw. stecken. D. Red.)

**Die tschechischen Faschisten.** Die sich bisher noch keine schwarzen Hemden beigelegt haben und auch sonst unkenntlich bleiben wollen, indem sie ihre Emunziationen nur anonym herausgeben, haben in Prag Flugblätter mit der Ueberschrift „Rot-Weiß“ affiziert. Aus dem In-

halt dieser Plakate zitieren wir Folgendes: „An der dreihundertjährigen Wunsche, der tschechoslowakische Nationalstaat, für den Tausende der besten Söhne des Volkes auf den Schlachtfeldern und Hinrichtungsstätten starben, dieses höchste Ideal, das ein Volk erreichen kann, ist in Gefahr. Die inneren und äußeren Feinde jüdeln. Das Maß der Freiheit dieser Menschen und aller ihrer Helfershelfer hat den Gipfelpunkt erreicht. Das Volk wird sich bewußt, was es erwartet. Das Volk erwacht, um allen Feinden des nationalen tschechoslowakischen Staates mit den gleichen Waffen zu begegnen, mit denen es bekämpft wird. Das tschechoslowakische Volk wird sich wehren und wird gegen die Idee eine Idee, gegen die Faust die Faust stellen. Wir rufen deshalb alle guten tschechoslowakischen Leute auf, einander die Hand zu reichen und gemeinsam mit uns vorzugehen, indem überall Schutzorganisationen zum Zwecke der Erhaltung des tschechoslowakischen Nationalstaates begründet werden.“ Worin die Tätigkeit dieser „Schutzorganisationen“ bestehen soll, ist unklar zu erraten. Nur daß diese anonymen Nachahmer des italienischen Faschismus hierzulande in ihren Kampfpänen gegen die Arbeiterschaft auf Widerstände stoßen würden, die ihnen Hören und Sehen verhegen ließen.

**Klassenjustiz.** In Raßau, dessen Militärprokurator, Dr. Wollmann, in Jahre 1917 in Rumburg 17 tschechische Soldaten erschließen ließ, fand vor kurzem ein Prozeß gegen fünf Soldaten des Grenzjägersbataillons Nr. 2 statt. Einer von ihnen, Richard Schlegel, Vertrauensmann der kommunistischen Jugendorganisation in Jwoikau, wurde zu zwei Jahren schweren Kerkers verurteilt. Er soll die deutsche Mannschaft aufgewiegelt, die Vorgesetzten lächerlich gemacht haben; ferner hat er in einem kommunistischen Blatte einen Artikel gegen die Gendarmerie veröffentlicht. Diese „Verbrechen“ und „Vergehen“ trugen ihm die zweijährige Kerkerstrafe ein. Tatsache ist, daß gelegentlich einer Koffervisite bei Schlegel kommunistische Zeitschriften gefunden wurden, woraus man schloß, daß er der Urheber der Lockerung der Disziplin unter der Mannschaft sei. Schlegel machte vor Gericht kein Hehl daraus, daß er die kommunistische Presse verbreitete. Die Offiziere und Mannschaften, die einvernommen wurden, sagten über ihn nur Günstiges aus. Trotzdem wurde er von dem Raßauer Militärgericht zu einer so schweren Strafe verurteilt. Die kommunistische Presse, die sich die Freiheit nahm, dieses Urteil zu kritisieren, wurde konfiszieren.

**Riesbacher Säurüssel.** Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Otto Hörsing, erläßt folgende Erklärung: Der „Riesbacher Anzeiger“ und mit ihm seine geistesverwandte Presse — so die „Hallische Zeitung“ und ähnliche Blätter — bringen in Bezug auf meine Person folgende Notiz: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Otto Hörsing, war in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag (1. zum 2. November) in der Diele des jüdischen Besitzers Kahlbaum in Halle, und war dort so besetzt, daß er eine Dorn auf seinen Schuttern reiten und sich von ihr mit einem roten Bande, das er im Gebiß hielt, zügeln ließ wie ein Reispferd. Die Beise betrug 65.000 Mark und wurde mit einem Scheck bezahlt.

Zu diesem Erguß habe ich zu bemerken, daß er erkunden ist von dem bekannten Verleger Hottenrott in Stuttgart, der ihn in den „Riesbacher Anzeiger“ lanciert haben dürfte. Ich bin niemals in Halle in einer Kahlbaumstube gewesen. Am 1. November vom Provinziallandtag in Wertheburg kommend, waren der Präsident des Provinziallandtages und ich Gäste eines Abgeordneten in einem sehr anständigen Lokal. Wir waren etwa anderthalb Stunden dort, haben dort zu Abend gegessen und sind 10 Uhr 36 abends nach Magdeburg weitergefahren. Außer den beiden Herren waren am Tisch der Wirt und dessen Ehefrau. Bezahlt habe ich dort nichts, da ich, wie gesagt, eingeladen war. Das Ganze ist von einem Ende bis zum anderen erledigt und der Verfassung des Herrn Hottenrott, des „Riesbacher Anzeigers“ und deutschnationaler Orger entsprochen. Gegen den Verleger Hottenrott, die „Hallische Zeitung“ und den „Riesbacher Anzeiger“ habe ich Strafanktrag gestellt.

ges. Hörsing.

**Eine neue beschwerdeführende Minderheit vor dem Völkerverbunde.** Die deutsche Völkerverbundliga in der tschechoslowakischen Republik teilt mit: Einige jüdische Korporationen Ungarns haben beim Völkerverbunde eine Beschwerde gegen ein Gesetz überreicht, welches den Besuch jüdischer Studenten an den Universitäten und anderen höheren Lehranstalten erschwert. Der Völkerverbund hat die ungarische Regierung aufgefordert, ihm die notwendigen Informationen über das Gesetz und seine Durchführung in der Praxis zu liefern, um festzustellen, ob die Minderheitsrechte hierdurch verletzt erscheinen; die ungarische Regierung hat die erforderlichen Informationen zugesagt.

**Erweiterung des Prager Verwaltungskommissionen.** Bereits vor einigen Monaten bestand die Absicht, die Zahl der Mitglieder der Prager Verwaltungskommission von 60 auf 100 zu erweitern. Die Parteien wurden dabei aufgefordert, Kandidaten zu nominieren. Die Ernennung aber unterließ wegen Differenzen unter den tschechischen Parteien. Nun sollen diese Differenzen beigelegt sein und die Ernennungen dürften nach Neujahr erfolgen.

**Eine Weltausstellung in Paris?** Im Jahre 1925 soll die erste große Weltausstellung in Paris veranstaltet werden, auf der alle großen Industrien der Welt vertreten sein sollen.

**Die „Konsumgenossenschaft“** vom 15. Dezember 1922 enthält folgende Artikel: Konsum-

genossenschaftliche Aktion. Von B—nn.—Feuilleton: Margistische Streifzüge durch die Genossenschaftsbewegung. — V. — Anfänge der Genossenschaftsbewegung. Von B—nn.— Der Reichswirtschaftsrat in Deutschland. Von B—nn.— Aus der russischen Genossenschaftsbewegung. Von J. Timofienko vom Zentralfiskus in Prag. — Die italienische Genossenschaftsbewegung und die Faschisten. — Ein Personalkonflikt in der schweizerischen genossenschaftlichen Schuhfabrik. — Aus der Konsumgenossenschaftlichen Praxis: Genossenschaftsfeindliche Kellame in unserer Parteipresse. Von Max Malcher (Währ. Schönberg). — Genossenschaftliche Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes: Eisenbahnwagenrecht.

**Ertrunken.** Bei der Holschowitz Ueberfuhr wurde gestern mittags aus der Moldau die Leiche einer unbekanntes 20- bis 25jährigen Frau gefischt, welche etwa sechs Wochen im Wasser gelegen sein dürfte. Die Ertrunkene war von mittelgroßer Statur, hatte kastanienbraune Haare und blaue Augen. Sie trug eine blaue gemusterte Kattunbluse, dunkelbraunen Rock, weiße Wäsche, in den Ohren kleine Ohringe mit rundem Anhänger, auf dem Halse eine Doublettskette. Die Leiche wurde ins Pathologische Institut geschafft. Nach der Identität der Ertrunkenen wird geforscht.

**Spiritus und Küchenherd.** Die Glasergattin Eugenie Stala hantierte gestern nachmittags beim Ofen mit einer Flasche Spiritus, wobei die Flüssigkeit auf die erhitzte Ofenplatte geriet und sich entzündete. Die Flammen ergriffen die Kleider der Frau, die schwere Verletzungen am Körper erlitt. Die herbeigekommenen Wacheleute erstickten die Flammen und brachten die Bedauernswerte ins Krankenhaus.

### Kleine Chronik.

**Das Pharaonengrab in Gefahr.** Eine Bannt herrschte vor einigen Tagen, wie aus Lugo berichtet wird, in der ganzen Gegend, weil man befürchtete, daß durch den drohenden Regen die uralten Ägypter des von Lord Carnarvon entdeckten Pharaonengrabes hoffnungslos zerstört werden. Das Grab des Pharaonen Tutanchamon liegt nämlich im Herzen des Tales der Königsgräber, direkt am Fuß eines angetrockneten Wasserlaufes, und ein tüchtiger Regen würde genügen, um die geöffneten Kammern zu überfluten. Die Kammern sind zwar wieder versegelt worden, aber nicht wasserdicht, und die Arbeiter sind sieberhaft am Werke, um den Zugang zu vermauern. Der Leiter der Ausgrabungen Carter blickte verzweifelt nach dem Himmel, an dem sich dicke Wolken zusammenballten, eine in dieser Gegend sehr seltene Erscheinung, die aber diesmal sehr ungelogen kommt. Da keine Zeit ist, auch nur die wertvollsten Gegenstände, wie die einzigartigen Gewänder des Königs, fortzubringen, so würde der Zutritt des Wassers eine Katastrophe herbeiführen und der archäologischen Forschung den schwersten Schaden zufügen.

**Der erste weibliche Rechtsanwalt in Deutschland.** Als erster weiblicher Rechtsanwalt in Deutschland wurde Frau Dr. jur. Maria Otto vereidigt und zum Oberlandesgericht und den Landgerichten I und II in München zugelassen.

**Eisenbahnunglück.** Aus Buenos Aires wird gemeldet: Der internationale aus Bolivien kommende Expresszug ist zwischen Leon und Jujub eingeleist. Die bisherigen Nachrichten melden vieler Tote und 23 Verwundete; man glaubt jedoch, daß diesen Zahlen in Wirklichkeit viel höher sind.

**Das Napoleon-Haus auf Elba in Trümmern.** Die französische Zeitungen berichten, ist das Haus, in dem Napoleon zehn Monate lang in den Jahren 1814 und 1815 auf der Insel Elba in Verbannung lebte, vollständig zerfallen. Es bildet nur noch einen Trümmerhaufen. Die italienische Regierung hat erklärt, daß sie versuchen werde, das Haus aus den vorhandenen Resten wieder aufzubauen.

### Gerichtssaal.

#### Aus dem Schwurgericht.

Jaroslav Stalaf, Beamter aus Prag-Weinberge, hatte sich heute vor den Geschworenen wegen Veruntreuung zu verantworten. Die Anklage beschuldigt ihn, daß er dem Uhrmacher Johann Ziklozky, dessen Kurator er war, 24 Damen- und Herrenuhren im Werte von über 10.000 K veruntreut hat. Ziklozky war vor dem Kriege Tischler. Nach dem Umsturz gelang es ihm, eine Uhr in einer Flasche zusammenzustellen, die er damals dem Marschall Hoch zum Geschenk machte. In der Folgezeit wurde Ziklozky wahnsinnig, so daß er in eine Irrenanstalt gebracht werden mußte. Stalaf, den man zum Kurator des Ziklozky bestellt hatte, soll nun dieses Vertrauensamt dazu mißbraucht haben, dem Ziklozky die Uhren und auch noch Dokumente zu veruntreuen. — Die Geschworenen bejahen mit acht gegen vier Stimmen bloß die Schuldfrage wegen Veruntreuung von Gegenständen, deren Wert 2000 K nicht übersteigt. Stalaf wurde daraufhin zu einem Monat Kerker verurteilt.

#### Die Transparente des Präsidenten.

Vor einem Straffenat unter Vorsitz des OLG. Souvel hatte sich heute Johann Machner aus Prohnik wegen Betrug zu verantworten. Machner hatte im Jahre 1920 der Privatn Angela Breiler in Prohnik 2000 K herausgelodet unter der Vorspiegelung, daß er sich 20.000 Transparente des Präsidenten Masaryk werde machen lassen und daß sie dann an dem Verkaufe werde partizipieren können. Machner kam dann aus Prohnik weg und die Pretler erfuhr erst neuer seine derzeitige Adresse, worauf sie gegen ihn die Anzeige erstattete. Machner mußte heute wegen Mangel an Beweisen freigesprochen werden.



Heute, Donnerstag, den 21. Dezember 1922, um halb 8 Uhr abends im Säulensaal des Deutschen Hauses Volksversammlung

mit der Tagesordnung: Dr. Raschin und die Staatsangehörten. Referenten: Abg. Genossen Cermak und Hadenberg. Parteigenossen, sorgt für einen Massendebat!

Gerichtssaal. Weihnachtsstimmung.

Prag, 20. Dezember. Auch im Gerichtssaal spürt man es bereits, daß die Weihnachtsstimmung bevorsteht. Da werden alle Gänge geschneit und sauber gemacht, in den Gerichtssälen herrscht bereits peinlichste Keuschheit. Findet auch diese Reinigung allmählich statt, so hat es diesmal doch den Anschein, als ob alles viel gründlicher geschehen würde, als ob die Häftlinge, die diese Reinigungsarbeiten vornehmen, sich gefast hätten, das Gerichtsgelände müsse zu Weihnachten besser aussehen als sonst. Und es ist auch in der Tat jetzt nicht so düster in den Räumen, in denen sonst die kalte Nüchternheit die einzig unabweisliche Zeugin bei der Verurteilung der Urteile ist. Es ist, als ob die Vorfreude des Weihnachtsfestes sich auch hier eingeschlichen hätte, um Richter und Angeklagte milder zu stimmen. Manchem Richter wird es jetzt jedenfalls schwer fallen, so knapp vor den Feiertagen einen Angeklagten hinter die Gefängnismauern zu setzen. Doch er kann nicht anders, die Gerechtigkeit ist unerbittlich. Insofern scheint jedoch auch hier eine Rücksichtnahme auf die kommenden Festtage — wenn man bei der heutigen Krise und allgemeinen Not von „Festtagen“ überhaupt reden kann — zu erwarten, daß man möglichst wenige Fälle noch vor Weihnachten behandelt und zum Abschluß bringt. Darum ist es fast still im Gerichtsgelände in jenen Vormittagstunden, in denen sonst die Verhandlungssäle dicht gefüllt sind von Neugierigen.

„Es ist nicht los heute“, sagte mir der alte Diener im ersten Stockwerk des Landesgerichtes, den ich jeden Tag beim Kommen zu interviewen pflege. Denn der Alte hat auf Grund seiner langjährigen „Gerichtssaalpraxis“, journalistisch gesagt, „eine gute Nase“ (Spürnase für gute Verhandlungen natürlich). Er war aber nicht besonders gut ausgelegt heute, der Alte. Er hatte soeben mit einem Kollegen über die bevorstehende Gehaltskürzung debattiert und die beiden waren zu dem Schlusse gekommen, daß ihnen ein großes Unrecht geschieht. Ich stimmte dem Alten, als er mich um meine Meinung fragte, natürlich lebhaft bei. „Ja, ja, schlechte Weihnachten werden das heuer sein!“ meinte er noch im Fortgehen.

Mir war die Weihnachtsstimmung vergangen. Schien auch ein gewisser festlicher Schein aus allen Winkeln des fein geputzten Ganges zu kommen — mir kam es jetzt anders vor: Das Gerichtsgelände erschien mir gleich einer Kofette, die sich zu allgemeinen festlichen Angelegenheiten schmückt, wann sie auch sonst Not und Elend durchmachen muß. Grauseligkeit, halb verhungert aussehende Jünglinge gingen eben über den Gang. Ihre traurig und verschüchtert dreinblickenden Augen gaben meinen soeben mir durch

den Kopf gegangenen Gedanken recht. Und mit dem gleichen bitteren Gefühl, das mich stets beim Anblick von Häftlingen befiel, begann ich den Rundgang durch die Säle. Das Ergebnis war heute sehr mager. Es herrschte eben „Weihnachtsstimmung“.

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Der Kampf der Konsumenten, besonders aber die jüngst von den Genossenschaftsorganisationen eingeleitete Werbewoche, scheint auch der „Deutschen Landpost“ sehr auf die Nerven zu gehen, denn sonst würde sie es unterlassen, mit den dummdreistesten Verteilungen gegen uns zu Felde zu ziehen. Zunächst danken wir der „Landpost“ für die gute Belehrung nach der Richtung, als wir bisher wirklich nicht gewußt haben, daß der Arbeiter Produzent und Konsument in einer Person ist und es erscheint nur verwunderlich, daß wir trotz der erst jetzt durch die „Landpost“ erhaltenen Aufklärung schon viel früher davon gegangenen sind, die Arbeiterschaft nicht nur als Produzenten, sondern auch in ihrer Eigenschaft als Konsumenten zu organisieren. Daß diese Organisation der Konsumenten nun heute stark genug ist, um das private Handelskapital nicht nur mit Hilfe von Konsumvereinen sondern auch durch genossenschaftliche Warenhäuser zu bekämpfen, daraus formuliert die „Landpost“ einen neuen Vorwurf gegen uns. Bekanntlich hat die Großverkaufsgesellschaft für Konsumvereine in Prag vor ungefähr fünf Monaten ein Warenhaus in Bodenbach und Anfang Dezember ein solches in Karlsbad errichtet, die beide sich eines sehr guten Zuspruches erfreuen. Um die Warenhäuser rentabel zu gestalten, mußte der Kreis der Käufer weiter gezogen werden als die Mitglieder eines Konsumvereines ihn darstellen, die Warenhäuser wurden deshalb auf der rechtlichen Basis von Kommanditgesellschaften gegründet. Wohl zeichnen als für die Firma verantwortlich die Genossen Krehetz, Lorenz u. Co., während noch eine Reihe anderer Genossenschaftler für das Karlsbader Warenhaus beispielsweise die Genossen Diel-Prag, Fischer-Kreibitz, Fischer-Graslich, Hofmann-Jägerndorf, Knobloch-Bodenbach, Morles-Zwidan, Rautsch-Profschwitz, Scharnowell-Freudenthal, Sphora-Lasch als Kommanditisten im Handelsregister eingetragen wurden, die durchwegs Funktionäre von Konsumvereinen, des Verbandes deutscher Wirtschaftsgenossenschaften oder der Großverkaufsgesellschaft sind. Die Funktionen als Kommanditisten des Warenhauses bekleiden alle diese Genossen selbstverständlich nur ehrenamtlich, sie bekommen dafür nichts bezahlt. Die Betriebsmittel für das Warenhaus entstammen eben nicht dem wucherischen Handelskapital, sondern konnten dank der organisierten Kaufkraft der Konsumenten bereitgestellt werden, sie gehören nicht Einzelnen, sondern allen jenen, die durch ihre Konsumvereinsmitgliedschaft sowohl in der Großverkaufsgesellschaft als auch im Wirtschaftsverbande organisiert sind. Dies diene zur Steuer der Wahrheit auch der hyperlucigen „Landpost“ zur Aufklärung, deren haberefüllte Feindschaft gegen die Konsumgenossenschaften wohl nicht zuletzt darin zu suchen sein dürfte, daß die Wirtschaftsorganisationen des Proletariats es sind, die den heftigsten Kampf gegen die Agrargröße führen.

Neuerliche Verminderung des Valutenvorrates des Bankamtes. Die tschechoslowakische Krone ist nach der Tournee am Montag wieder in die Höhe gegangen und notierte gestern in Zürich 15,975, das heißt in Zürich bekommt man für 100 tschechische Kronen fast 16 Franken. Das Bankamt des Finanzministeriums hat in den letzten Tagen große Mengen fremder Valuten auf den Markt geworfen, was sich im letzten Ausweis des Bankamtes widerspiegelt. Danach haben die Auslandsguthaben und der Valutenvorrat des Bankamtes in der vergangenen Woche um 318 Millionen Kronen abgenommen und betragen jetzt 1029 Millionen. In etwa drei Wochen ist der Valutenvorrat des Bankamtes um ein volles Drittel geringer geworden.

Sinken der deutschen Industrie. Die deutsche Großhandelsindexziffer ist vom 1495fachen am 5. Dezember auf das 1468fache, oder um 1,8 Prozent bis zum 15. Dezember zurückgegangen. Damit ist seit dem Londoner Ultimatum vom Mai 1921 zum erstenmal eine Senkung des Preisniveaus eingetreten. Die Preise der eingeführten Waren sind dem Rückgang des Dollars um 11,3 Prozent nur mit 1,7 Prozent gegenübergefolgt. Im Durchschnitt hat sich das Preisniveau für Lebensmittel von 1160 auf das 1140fache und für Industrieartikel vom 2122 auf das 2081fache gesenkt.

Entwicklung der englischen Gilden. Eine neue Stufe der englischen Gildenbewegung bildet die Schaffung einer nationalen Gilde in der Bekleidungs- und Schneiderindustrie. Der Neugründung ist die Verschmelzung zweier großer Gewerkschaften für die Industriellen vorangegangen, welche die Gründung der Gildenorganisation ihrerseits lebhaft unterstützen. Es waren schon in dieser Industrie Lokalgilden in London, Glasgow und Leeds, die nun in einer nationalen Gilde zusammengeschlossen wurden. Die Gründung einer nationalen Gilde für Buchdrucker wurde in der letzten Zeit lebhaft erörtert. Die Vorbedingungen sind dafür vorhanden, die Herstellung der Arbeiter- und Gewerkschaftszeitungen, Druckmaschinen für die Arbeiterorganisationen usw. dürften diese Gilde reichlich mit Arbeit versehen. Der Organisationsgrad der Buchdrucker ist hoch, und sie sind auch auf Grund ihrer Erfahrungen fähig, eine Industrie selbstständig zu leiten. Es ist anzunehmen, daß falls es gelingt, die nötigen Kapitalien zur Gründung der Gilde herbeizuschaffen, diese binnen kurzem ins Leben gerufen wird. Der jüngst abgeschlossene englische Gewerkschafts-

kongress hat seinen Vollkongress durch eine Resolution verpflichtet, sowohl die einzelnen Gilden zu unterstützen, wie mit dem Nationalrat der Gilden zusammenzuarbeiten.

Tapetiererkämpfung! In Prag ist schon seit längerer Zeit ein Aufstand der Tapetierer. Aus diesem Grunde erfuhr uns der Verband der Tapetierergesellen (Ostřední spolek tapetníků v Království českém) mitzuteilen, daß Prag für Tapetierergesellen gesperrt ist. Jeder Tapetierergeselle wird gewarnt, eine Arbeit in Prag anzunehmen.

Devikurze.

Die tschechische Krone notiert in: Zürich 15.97.50, Berlin 201.49, Wien 2100.00

Züricher Schlußkurze.

Table with exchange rates for various currencies: Berlin 0.07.75, Wien 0.00.75, Prag 15.97.50, Holland 211.00, New York 5.28.25, London 24.45.50, Paris 39.37.50, Mailand 28.92.50, Budapest 0.22.75, Belgrad 5.90.00, Warschau 0.03.05, Wien gest. 0.00.03

Prager Kurze.

Table with gold and ware prices: 100 holl. Gulden 13.6.00, 100 Mar. 0.45.00, 100 schweiz. Frank 226.25, 10 Lire 16.25, 100 frans. Frank 247.25, 1 Pfund Sterling 152.12, 1 Dollar 33.05.10, 100 belg. Frank 226.25, 100 Dinar 86.50, 100 österr. Kronen 0.04.82, 100 poln. Mark 0.15.50, 100 ungar. Kronen 1.42.00, Ware 1830.00, 0.65.00, 6.28.75, 189.75, 248.75, 154.37, 33.45.00, 227.75, 87.00, 0.05.12, 0.20.50, 1.52.00

Kunst und Wissen.

Picaver-Gastspiel. In der Reihe seiner Paradevollen ließ sich der Stariener als Rudolf in „Sohem“ vernehmen. Picaver, der wieder einmal seinen guten Abend hatte, schmeigte in den süßen Puccini-Melodien und das Publikum mit ihm. Der Abend vermittelte uns auch die Bekanntheit eines jungen vielversprechenden Talents, Tilly de Garm, einer niedlichen, besonders in den Nüchternen sehr geschmackvollen Mimik, die die Hörer durch ihr Spiel und ihre kräftige, überaus wohlklingende Stimme sozusagen im Sturme gewann. In geziemendem Abstände von Picaver und Fräulein de Garm waren noch das Gastspiel des Herrn Rainmar, über dessen Können man hoffentlich nach seiner nächsten Gastrolle mehr sagen darf, und die unzureichende Musette der Frau Siklosh, die in ganz misserthätiger Auffassung aus dem Greitischen eine Kofette gewöhnlichen Stils formte, zu vermerken. Alles andere auf der Bühne ist der Erwähnung womöglich noch weniger wert. Die Prager deutsche „Kunstgemeinde“ war durch die Vorgänge auf dem Devikensmarkt begreiflicherweise so sehr in Anspruch genommen, daß sie trotz Picaver und dem üblichen Prager Zeitungstamam dem Theater fernblieb.

Neues Theater: Morgen, Freitag, „Carmen“ mit Olga Barrai in der Titelrolle; Samstag, den 23.: „Blaubart“.

Kleine Bühne. Heute „Der müde Theodor“; Freitag „Menagerie“; Samstag „Die Frau Präsidentin“.

Gastspiel Alfred Picaver: Heute Abschiedsvorstellung „Ein Maskenball“ mit Alfred Picaver als Graf Richard.

Weihnachts- und Silvester-Programm des Neuen Deutschen Theaters und der Kleinen Bühne. Neues Deutsches Theater: Montag, den 25.: halb 8 Uhr „Schneewittchen“, Kindermärchen mit großem Ballett, 7 Uhr „Frasquita“, Operette von Lehar (Abon. aufg.); Dienstag, 26.: halb 8 Uhr „Schneewittchen“, Märchen mit Tanz und Kindertombola, 7 Uhr „Frasquita“, Operette von Lehar (Abon. aufg.); Sonntag, den 31.: halb 8 Uhr „Schneewittchen“, Märchen mit Tanz und Tombola, halb 7 Uhr „Graf von Luxemburg“, Operette von Lehar, 10 Uhr „Er und

Arbeiter-Taschenkalender oder ein Arbeiter-Jahrbuch 1923. Preis: Taschenkalender 6 Kronen, Jahrbuch 1923 7 Kronen. Zu beziehen durch das Sekretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Leptisch-Schönau, Seilerstraße 1. 1258

Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad. unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur. Alle nicht lagernden oder wo immer angelegtesten Bücher und Zeitschriften werden rasch geliefert.

Seine Schwester“, Pöste mit Gesang von Buchbinder. — Kleine Bühne: Montag, den 25.: halb 8 Uhr „Wauwau“, Komödie von Bogion, halb 8 Uhr „Man kann nie wissen“, Komödie von Shaw; Dienstag, 26.: halb 8 Uhr „Der Werwolf“, Komödie von Gans, halb 8 Uhr „Die Frau Präsidentin“ von Hennequin und Veber; Sonntag, den 31.: halb 8 Uhr „Der müde Theodor“, 7 Uhr „Die Frau Präsidentin“, 10 Uhr „Karusell“.

Mitteilungen aus dem Publikum.



Ceres'ett und Ceres-Tippelkaff sind gewiss zwei vielbegehrte Gaben. Davon jede und schon Freude schaffst. Kann man beide nicht auf einmal haben. Ceres'ett, gesund bekömmlich, rein. Darf nie mehr in einer Küche fehlen. Ceres-Tippelkaff, schmeckt wunderbar und erfrischt in Wahrheit durstige Kehlen!

1281

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.



ALSO SCHATZ darüber sind wir uns doch einig: wir trinken nur



TEEKANNE

Durch seine Ergiebigkeit ist er sparsam im Verbrauch u. erfreut Dich durch die Seidenmuster mit denen Du Handarbeiten für das Preis-ausschreiben verfertigen kannst

Bleibe beachten Sie das Preis-ausschreiben in einer der nächsten Nummern dieser Zeitschrift!

1115

Werbet und abonnieret!

Ausschnelden und einsenden! Abonnements-Bestellschein. Abonniere ab 192 monatlich 16 Ké — vierteljährlich 48 Ké — halbjährlich 96 Ké — ganzjährlich 192 Ké — (nicht Zutreffendes durchstreichen) das in Prag täglich erscheinende Zentral-Organ der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschecho-slowakischen Republik

„Sozialdemokrat“ Verwaltung: Prag II., Havlíčková nám. 32. Vor- und Zuname, Beruf, Ort, Bezirk, Straße und Nr.